



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



## In guter Verfassung?

75 Jahre Grundgesetz: Landtag blickt auf  
politische Kultur und gesellschaftliche Spaltungen

**Auszeichnung**  
Demokratiepreis für  
Joachim Gauck

**Auswahl**  
1991 heißt es:  
Bonn oder Berlin?

**Aufstieg**  
Jubel für  
Holstein Kiel

## 03 Meldungen

### In guter Verfassung?

## 05 Demokratiepreis für Joachim Gauck



Der ehemalige Bundespräsident rief zu Mut angesichts extremistischer Tendenzen auf.

## 06 Mahnende Worte zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes

## 07 Wachsender Antisemitismus, neue Synagoge in Kiel

## 08 Kompromiss bei Bürgerentscheiden, WiPo-Unterricht

## 09 Pöbeleien auf Sylt, Demokratiebildung

## 10 Wettbewerb „Jugend debattiert“

## 11 CDU-Erfolg bei Europawahl, EU-Themen im Landtag

## 12 Rückblick 1991: Bonn oder Berlin? Auch der Landtag ist gespalten



Seit 1999 debattiert der Bundestag unter der neuen Reichstagskuppel in Berlin.

## 14 Personalien

## 16 Im Zentrum: Fußballsommer – Aufsteiger Holstein Kiel, EM-Quiz

## 18 Plenum: Kita-Reform, kein Tarifvertrag für „Hiwis“, automatisierte Supermärkte, Wohnraumschutzgesetz, Post Covid, Gefahr durch Lachgas

## 21 Einfache Sprache: Mit Prävention zu besserer Gesundheit

## 22 Nachgehakt: Rechtsgrundlage für „Reerdigung“, Open-Source-Software, Sturmflutschäden, Kameras in Schlachthöfen

## 24 Ausschüsse: Ganztagsgrundschule, Fehlerquotient bei Rechtschreibung, Kinderarmut, Northvolt-Büro, Abbau des AKW Brokdorf, Ausschüsse auf Reisen



Nach der letzten Schicht im Kraftwerk Brokdorf steht der Rückbau an.

## 28 Die Seite für das Ehrenamt

## 29 Bücher: Grundgesetz, Judenhass, Kai-Uwe von Hassel, Impressum

## 30 Im Porträt: Bina Braun (Grüne), Marc Timmer (SPD)

## 31 Ins Bild gerückt: Zu Besuch im Landeshaus

## 32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES

# 1.490.118

So viele Menschen gaben bei der Europawahl am 9. Juni in Schleswig-Holstein ihre Stimme ab. Das waren 136.081 mehr als 2019. Die Wahlbeteiligung stieg um 4,6 Prozentpunkte auf 64,4 Prozent.

Mehr auf Seite 11



## Der Schnappschuss

Seit dem 2004 abgeschlossenen Umbau des Landeshauses erstrahlt der heute 75 Jahre alte Paternoster in den Spektralfarben von Rot bis Violett. Im April wurde der Anstrich erneuert und eine neue Beschilderung angebracht. Maler Sebastian Schneider kümmert sich um eine der zwölf Kabinen.

## Kianusch Stender als Abgeordneter verpflichtet

Zu Beginn der Mai-Tagung hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst den nachgerückten SPD-Abgeordneten Kianusch Stender verpflichtet. Der Flensburger hatte Anfang April den Platz des früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Losse-Müller übernommen, der sein Mandat niedergelegt hatte, um zur Stiftung Klimaneutralität nach Berlin zu wechseln. Stender, der zuvor in der SPD-Fraktion als Referent und stellvertretender Pressesprecher tätig war, ist der nächstfolgende Kandidat auf der SPD-Landesliste zur Landtagswahl 2022. Er ist in der Fraktion für Wirtschaft, Digitales und Sport zuständig und ist Mitglied im Wirtschaftsausschuss.



## Finanzministerin Monika Heinold tritt ab – Silke Schneider übernimmt

Nach zwölf Jahren im Amt tritt Finanzministerin Monika Heinold am 31. Juli zurück. Das erklärte die Grünen-Politikerin Ende Juni.



Die gelernte Erzieherin, die ihre politische Laufbahn im Kreis Segeberg begann, gehörte der Grünen-Fraktion von 1996 bis 2012 an und war Parlamentarische Geschäftsführerin und finanzpolitische Sprecherin. 2012 wurde sie Finanzministerin, zunächst in einer Koalition von SPD, Grünen und SSW, ab 2017 im Jamaika-Bündnis und ab 2022 als Teil der schwarz-grünen Regierung. „Es war für mich eine große Ehre, Finanzministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin dieses wunderschönen Landes sein zu dürfen“, so Heinold. Sie kündigte an, sich ins Privatleben zurückzuziehen.

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) sprach von einem „großen Verlust“ für die Koalition und würdigte Heinold als „Stabili-

tätsanker und Ruhepol“. Heinold habe dem Land „mit einer eisernen Arbeitsmoral, viel Empathie und stets uneigennützig gedient“, sagte Grünen-Fraktionschef Lasse Petersdotter. Sein CDU-Amtskollege Tobias Koch merkte an, er hätte die Zusammenarbeit mit Heinold „sehr gerne weiter fortgesetzt“.

Auch aus der Opposition gab es Lob für Heinold. Mit Blick auf die Haushaltslage betonte SPD-Oppositionsführerin Serpil Midyatli aber auch: „Monika Heinold verlässt ihr Amt als Finanzministerin zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.“ FDP-Fraktionschef Christopher Vogt äußerte „Zweifel, ob diese Koalition die Kraft haben wird, in der Finanzpolitik den benötigten Neuanfang zu schaffen“. Der Rücktritt komme „nicht ganz überraschend“, so Lars Harms (SSW), er treffe die Koalition aber „mitten ins Mark.“



Als Nachfolgerin haben die Grünen die Juristin Silke Schneider vorgestellt. Die Präsidentin des Landgerichts Lübeck war von 2014 bis 2017 Staatssekretärin im Umweltministerium und anschließend bis 2020 im Finanzministerium. Den Posten der stellvertretenden Ministerpräsidentin übernimmt Sozialministerin Aminata Touré (Grüne).

## Wortwörtlich



„Wir wollen heute das sehr klare Signal des Landtages setzen, dass wir es nicht hinnehmen und quasi Normalität werden lassen wollen, wenn Wahlkämpfer an der Basis oder Kommunalpolitiker – also Menschen, die in der Regel ihre Freizeit opfern, um die Demokratie mit Leben zu erfüllen – oder auch wenn hauptamtliche Mandatsträger beleidigt, bedroht oder auch physisch angegriffen werden.“

(Christopher Vogt, FDP)

...

„Auch ein sprachlicher Umweg aus Vorsicht oder Sorge, als Vermeidungsstrategie, ist eine Selbstzensur. Meines Erachtens ist unsere Aufgabe nicht mehr nur das Vorbeugen oder das Abwehren von Angriffen, sondern bereits das Zurückerobern von bereits verlorenem demokratischem Raum. Unsere Meinungsäußerungsfreiheit als politisch Handelnde bröckelt bereits.“

(Marion Schiefer, CDU)

...

„Warum mache ich das eigentlich? Diese Frage habe ich mir vor drei Jahren gestellt, als ich als Kommunalpolitikerin in einer Gemeinderatssitzung mit einer Gruppe von Menschen konfrontiert war, die sich vorgenommen hatten, diese Sitzung nach Kräften zu stören und die sich vollkommen danebenbenahmen. Nicht einmal, dass meine hochschwangere Fraktionskollegin neben mir kreidebleich wurde und sogar kurzzeitig den Saal verließ, hat die Leute abgehalten.“

(Bina Braun, Grüne)

...

„Es gibt so viele Menschen, die unseren Schutz brauchen. Leider mittlerweile auch diejenigen, die sich für die Demokratie engagieren. Aber auch die, die angegriffen werden von Menschen, die von ‚Remigration‘ faseln. Das erzeugt Angst. Angst bei Menschen, die über das Asylrecht – auch ein Grundrecht – bei uns Schutz suchen. Angst aber auch bei Deutschen, wie meiner Familie und mir, die hier ihre Heimat haben.“

(Serpil Midyatli, SPD)

...

„Als absolut widerlich habe ich den Angriff auf den sächsischen Spitzenkandidaten der SPD, Matthias Ecke, empfunden, der von einer Gruppe Neonazis krankenhausreif geprügelt wurde. Am selben Abend hatten sie bereits eine Wahlkampfgruppe der Grünen angegriffen. Dazu sage ich vor allem eines: Genau darum machen wir weiter! Wir wenden uns gegen Angriffe auf unsere Bürgerinnen und Bürger! Wir wenden uns gegen Angriffe auf die Demokratie! Wir bleiben wehrhaft!“

(Lars Harms, SSW)

**Aus der Debatte zu „Drohungen, Schmähungen und Verunglimpfungen“ gegen politisch aktive Menschen am 23. Mai**

Mehr auf Seite 6.

## Neue Studie: Herbst würdigt Bedeutung des Sports

Mit und durch den Sport ist zuletzt laut einer neuen Berechnung in Schleswig-Holstein ein jährlicher Umsatz von mehr als sieben Milliarden Euro erzielt worden. Das ergab eine Studie, die der Präsident des Landessportverbandes, Hans-Jakob Tiessen, IHK-Präsident Hagen Goldbeck und der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer, Andreas Katschke, Anfang Juni an Landtagspräsidentin Kristina Herbst überreicht haben.

Demnach entstehen durch den Sport mehr als 237 Millionen Euro Steuereinnahmen. Das entspreche 2,06 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Landes. In der Sport-Branche seien im Land 51.460 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Jeder 20. im Norden verdient damit sein Geld mit und durch Sport. Hinzu kommen rund 236.000 ehrenamtlich Engagierte in den Vereinen.

„Dem Sport kommt in vielerlei Hinsicht eine enorm wichtige Bedeutung für unser gesellschaftliches Zusammenleben zu“, betonte Landtagspräsidentin Herbst. Ob als Freizeitaktivität, zur Gesunderhaltung, als Integrations- oder Inklusionsstütze: „Sport verbindet Menschen“, so Herbst. Nicht zuletzt durch das großartige ehrenamtliche Engagement sei der Sport von unschätzbarem Wert.

## Premiere des Landtagsmobils in Niebüll

**Beim Hauptstraßenvergnügen im nordfriesischen Niebüll Anfang Mai hatte das neue Landtagsmobil seinen ersten Auftritt. Zahlreiche Gäste informierten sich über die Arbeit des Landesparlaments.**

„Es ist mir ein ausgesprochen wichtiges Anliegen, möglichst viele Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner nicht nur im Landeshaus selbst über die parlamentarische Arbeit zu informieren, sondern überall im Land.“ Mit diesen Worten hatte Landtagspräsidentin Kristina Herbst den Info-Trailer zuvor in Kiel der Öffentlichkeit vorgestellt. In Niebüll war Herbst ebenfalls vor Ort und führte zahlreiche Gespräche.



## El Samadoni: Beschwerden über Heim-Unterbringung nehmen zu

Immer mehr junge Menschen wenden sich an die Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche. Das geht aus dem aktuellen Tätigkeitsbericht hervor, den die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni Mitte Juni vorgestellt hat. Sie ist auch Ombudsperson in der Jugendhilfe und mit ihrem Mitarbeiterstab beim Landtag angesiedelt.

In den Jahren 2022 und 2023 hat die Beschwerdestelle demnach 761 Eingaben entgegengenommen. Das waren fast 200 mehr als im vergangenen Berichtszeitraum 2020/2021. El Samadoni führt die Steigerung darauf zurück, dass die Beschwerdestelle bekannter werde und das Bedürfnis nach Unterstützung im Bereich der stationären Hilfen zunehme. Der thematische Schwerpunkt mit 438 Beschwerden habe erneut bei den Erziehungshilfen gelegen. Davon bezogen sich allein 323 Beschwerden auf die Unterbringung in Heimen und Wohngruppen - dies sei eine Steigerung zum vorherigen Berichtszeitraum um fast 100 Eingaben. In den stationären Einrichtungen im Land sind laut El Samadoni knapp 6.500 Kinder und Jugendliche untergebracht. Davon kommen etwa 3.000 nicht aus Schleswig-Holstein. Für diese sei der Kontakt zum zuständigen Jugendamt besonders schwierig.

Auch Abgeordnete aus allen Fraktionen standen am Mobil Rede und Antwort – genau wie bei den weiteren Terminen im Frühjahr in Kappeln, Itzehoe und Glückstadt.

Neben der Möglichkeit zum Gespräch mit politischen Akteuren bietet das Landtagsmobil eine breite Palette an Informationsmaterialien und ein virtuelles Quiz, bei dem kleine Preise gewonnen werden können. Zudem informieren Mitarbeiter der Landtagsverwaltung über die aktuelle Politik, über das Besuchs- und Veranstaltungsangebot im Landeshaus oder über die Geschichte des Parlamentarismus in Schleswig-Holstein.

Unter dem Motto „#Klappe auf – Landtag auf Tour“ wird der aufklappbare silberne Trailer samt Zugfahrzeug mit Elektroantrieb auch im Sommer und Herbst in Schleswig-Holstein unterwegs sein.

### Die weiteren Termine:

**Mittwoch, 24. Juli – Donnerstag, 25. Juli**

„Stormini“ – Kinderstadt des Kreisjugendrings Stormarn in Mollhagen

**Sonnabend, 24. August – Sonntag, 25. August**

Altstadtfest Mölln

**Dienstag, 17. September**

Eröffnung der Dithmarscher Kohltage bei Marne

**Sonnabend, 5. Oktober**

Wochenmarkt Preetz

**Sonnabend, 19. Oktober – Sonntag, 20. Oktober**

Husumer Krabbentage

# Demokratiepreis für Alt-Bundespräsident Joachim Gauck

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck ist in diesem Jahr Träger des Schleswig-Holsteinischen Demokratiepreises. Der evangelische Theologe, 1940 in Rostock geboren, Angehöriger der letzten DDR-Volkskammer, Beauftragter für Stasi-Unterlagen von 1990 bis 2000 und Staatsoberhaupt von 2012 bis 2017, erhielt die Auszeichnung Ende Mai im Plenarsaal. Landtagspräsidentin Kristina Herbst und Oliver Stolz, Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, nahmen die Ehrung vor.

Mit dem Demokratiepreis zeichnen der Landtag und die schleswig-holsteinischen Sparkassen Persönlichkeiten aus, die sich in besonderer Weise um die freiheitlich-demokratische Grundordnung verdient gemacht haben. Dies gelte in besonderer Weise für Joachim Gauck, so die Landtagspräsidentin, der ein „anerkannter Streiter für parlamentarisch-demokratische Strukturen“ sei. Gauck spreche stets so, dass er von seinem Gegenüber verstanden werde: „Er will überzeugen für die Demokratie und die Freiheit. Und dabei verschweigt er auch unangenehme Wahrheiten nicht.“ Der Alt-Bundespräsident, der als Pastor in der DDR das Leben im SED-Regime kennengelernt hat, habe aus eigener Anschauung erfahren: „Freiheit und Demokratie werden uns nicht geschenkt.“ Sie müssten erstritten werden, „jeden Tag von Neuem“, so die Parlamentspräsidentin.

Sparkassenpräsident Stolz ergänzte: „Joachim Gauck ist ein überzeugter und überzeugender Demokrat, der uns seit Jahrzehnten bewundernswert klar und geradlinig die Werte und Privilegien unserer Demokratie aufzeigt.“ Auch die Sparkassen-Finanzgruppe sei „zutiefst davon überzeugt, dass wir alle als Gesellschaft, als Demokratinnen und Demokraten gefragt sind, selbstbewusst die Werte unserer Demokratie zu leben“.

Die Laudatio hielt der langjährige Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der CDU-Politiker beschrieb die „großen Anliegen“, die Gauck auf seinem Lebensweg und in seinen Ämtern geprägt hätten: „Freiheit, Toleranz, Demokratie“. Gauck erkenne „die Herausforderungen, vor denen wir stehen, und er setzt sich mit einer bemerkenswerten Geduld



Ehrung im Plenarsaal (v. li.): Sparkassenpräsident Oliver Stolz, Preisträger Joachim Gauck, Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Der Demokratiepreis wurde in diesem Jahr zum sieben Mal vergeben. Zum ersten Mal ging er nicht an einen Verein, sondern an eine Einzelperson.

gegen die inneren und äußeren Gegner aller verfassten Demokratien zur Wehr“.

## Gauck ruft dazu auf, „ans Gelingen zu glauben“

Gauck beschrieb in seiner Rede das Gefühl von Freiheit und Glück, das er im Alter von 50 Jahren bei seiner ersten Teilnahme an einer „richtigen“ Wahl erfahren habe: „Seit diesem Tag ist es dem Individuum Gauck nicht möglich, auch nur eine einzige Wahl zu versäumen.“ Den Kindern und Kindeskindern im heutigen Deutschland stehe ein „Raum

der Möglichkeiten“ zur Verfügung, betonte Gauck: „Und wie könnten wir das besser begreifen, als wenn wir die Daseinsform, die wir uns errichtet haben, vergleichen mit den Lebensformen in anderen Teilen der Welt?“ Der ehemalige Bundespräsident rief dazu auf, sich nicht von Selbstzweifeln leiten zu lassen, sondern im „Bewusstsein dessen, was wir vermögen“ ans „Gelingen zu glauben“. Mit Blick auf antidemokratische Strömungen betonte Gauck: „Wir sind ganz gewiss die, die den Verächtern unserer Demokratie nicht unsere Ängste schenken.“ Denn: „Wir haben etwas zu verteidigen. Es lohnt sich.“



Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (am Pult) appellierte an die Deutschen, stolz auf ihre Demokratie zu sein und diese zu verteidigen. Denn es gebe „keinen Denkmalschutz für politische Systeme, auch nicht für demokratische“.

# 75 Jahre Grundgesetz: Mahnende Worte zum Jubiläum

Das Grundgesetz hat nach Überzeugung des Landtages als Garant für Demokratie, Frieden, Freiheit und Menschenrechte eine „Erfolgsgeschichte“ geschrieben. Aber es sei bedroht, und es gebe an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf. Diese Bilanz stand am Ende einer Debatte am 75. Jubiläumstag des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat in Bonn beschlossen wurde.



„So richtige Partystimmung“ komme nicht auf, sagte **Christopher Vogt (FDP)**, und das liege an einer „oftmals sehr ungesunden Polarisierung“ der Gesellschaft. Streitpunkte seien „Migration, Klimaschutz, das Pandemie-Management oder auch der Umgang mit dem Ukraine-Krieg“. Die größte Gefahr komme von Rechtsaußen, wo man „konsequent lügt“ und „demokratische Institutionen verächtlich macht“, aber auch aus dem linksradikalen Spektrum und von Gruppen wie der „Letzten Generation“ gingen Gefahren aus, so Vogt.



„Das Grundgesetz ist für mich nicht nur ein Text, sondern ein großes Versprechen“, betonte **Birte Glišmann (CDU)**. In dem Verfassungswerk stecke „das gegenseitige Versprechen und die Verantwortung, die wir alle miteinander tragen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen und zu verteidigen“ – auch gegenüber denjenigen, „die dank unseres liberalen Demonstrationsrechts, dank unserer Meinungs- und Pressefreiheit auf unseren Straßen nach einem Kalifatsstaat in Deutschland rufen“.



„Größere Bevölkerungsteile wenden sich von der Demokratie ab“, stellte **Jan Kürschner (Grüne)** fest. Das zeige sich in Wahlergebnissen und Umfragen, die eine „verbreitete Ablehnung unserer Demokratie und ihrer Werte“ ausdrückten. Dieser Einstellung gelte es, mit „Beharrlichkeit“ entgegenzutreten. Kürschner forderte „den Mut zur Intoleranz denen gegenüber, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen“.



Das Grundgesetz gehöre „zu den großen Errungenschaften in unserer Geschichte“, unterstrich **Serpil Midyatli (SPD)**. Sie forderte, es konsequent anzuwenden. So sei das neue Wohnraumschutzgesetz (siehe S. 19) eine konkrete Maßnahme, um den Artikel 14, „Eigentum verpflichtet“, in die Tat umzusetzen. Die Schuldenbremse nach Artikel 109 müsse so gefasst werden, dass „wir wieder mehr investieren können“ und „agiler auf Krisen reagieren können“. Und: Die Kinderrechte müssten endlich verankert werden.



**Lars Harms (SSW)** regte an, die Rechte nationaler Minderheiten ins Grundgesetz zu schreiben: „Dafür setzen wir uns seit Jahrzehnten ein.“ Er rief die Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu starten. Ein Vorteil des Grundgesetzes gegenüber der schleswig-holsteinischen Landesverfassung sei es, dass einzelne Bürger ihre Grundrechte beim Bundesverfassungsgericht einklagen könnten. Eine solche Verfassungsbeschwerde forderte Harms auch auf Landesebene.



„Im 75. Jahr des Grundgesetzes ist unsere freiheitliche, demokratische Ordnung so bedroht wie nie zuvor in der Geschichte“, mahnte **Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU)**: „Es ist etwas ins Rutschen geraten.“ Dennoch gebe es in der Bevölkerung eine breite Unterstützung für die Verfassung, merkte die Ministerin an: „Wir sind viele, wir sind bunt, wir sind mehr, und unsere Demokratie bleibt wehrhaft.“

Die fünf Landtagsfraktionen kündigten an, die Verfassung, die Geschäftsordnung des Parlaments sowie die Gerichtsverfassung des Landesverfassungsgerichts zu überprüfen, „ob Änderungen zur Sicherung der demokratisch legitimierten Institutionen vor dem Zugriff oder einer wesentlichen Einflussnahme durch extremistische parlamentarische Kräfte erforderlich sind“. Ähnliche Überlegungen, etwa die Einrichtung höherer Hürden für die Wahl von Verfassungsrichtern, gibt es auch in anderen Landesparlamenten und im Bundestag. Ein weiterer Punkt: Der Landtag verurteilte die jüngsten Aktionen gegen Regenbogenflaggen in Flensburg. Dort waren Anfang Mai Transparente der Rainbow Days entfernt und angezündet worden. Die Regenbogenflagge gilt als Symbol queerer Menschen.



## Herbst beim Staatsakt in Berlin: „Demokratie lebt vom Mitmachen“

Am 23. Mai, dem 75. Jubiläumstag des Grundgesetzes, hat Parlamentspräsidentin

Kristina Herbst den Landtag beim Staatsakt vor dem Berliner Kanzleramt vertreten. Das Grundgesetz sei „das Fundament unserer Demokratie und der Garant für Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit“, sagte Herbst am Rande des Festaktes. Freiheitsrechte korrespondierten allerdings immer mit staatsbürgerlichen Pflichten, unterstrich die Landtagspräsidentin. So sei jede und jeder Einzelne aufgerufen, sich für das Funktionieren und den Erhalt des demokratischen Systems einzubringen, „sei es durch eigenes gesellschaftliches oder politisches Engagement, sei es durch die Teilnahme an Wahlen“. Demokratie lebe vom Mitmachen.

# Landtag fordert klare Kante gegen Antisemitismus

**S**taatliche Stellen wie Polizei, Ausländerbehörden, Schulen und Hochschulen sollen konsequenter gegen Antisemitismus vorgehen. Das hat der Landtag Ende Mai parteiübergreifend gefordert. Hintergrund sind die sprunghaft gestiegenen Zahlen von körperlichen Angriffen auf Juden, die zahlreichen Beschädigungen jüdischer Einrichtungen und die vielen jüdenfeindlichen Äußerungen seit dem Überfall der Terrorgruppe Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem darauffolgenden militärischen Gegenschlag (siehe Kasten).

„Wir wollen ein klares Signal aussenden, dass wir nicht bereit sind, das in irgendeiner Form zu akzeptieren“, sagte Christopher Vogt, dessen FDP-Fraktion die Debatte angestoßen hatte. Vogt nannte die antiisraelischen Demonstranten der jüngsten Zeit „extrem ideologisch verblendet“. Es sei „schon ziemlich dumm, die israelische Regierung und jüdische Menschen einfach gleichzusetzen“.

In einem gemeinsamen Antrag prangerten alle fünf Fraktionen rechten, linken und

muslimischen Judenhass an. Sie fordern eine präzisere Erfassung der Vorfälle und eine bessere Schulung von Polizeibeamten. Schulklassen müssten intensiver über den Holocaust informiert werden, und der Besuch einer Gedenkstätte oder einer Synagoge sollte selbstverständlich sein. Islamische Verbände und Gemeinden wurden aufgerufen, gegen Antisemitismus in ihrem Umfeld einzuschreiten. Hochschulen müssten entsprechende Veranstaltungen auf ihrem Gelände verbieten. Der Staat dürfe „antisemitische Kunst“ nicht fördern, und Ausländer, die entsprechende Straftaten begangen haben, dürften nicht eingebürgert werden.

Die Behörden müssten „die Möglichkeiten des Aufenthaltsgesetzes und des neu geschaffenen Staatsangehörigkeitsrechts ausschöpfen“, forderte Marion Schiefer (CDU). Nelly Waldeck (Grüne) stellte fest, dass viele Juden zurzeit „ihre Sichtbarkeit deutlich einschränken müssen“ – sie trügen in der Öffentlichkeit keine Kippa mehr und sprächen dort kein Hebräisch. „Gegen Gerüchte, gegen Vorurteile hilft auch Bildung“, so Martin Habersaat (SPD): „Wir müssen uns

fragen, ob wir unsere Schulen gut genug aufstellen.“ Antisemitismus komme nicht nur von den Rändern, sondern sei auch „in der Mitte unserer Gesellschaft verankert“, mahnte Jette Waldinger-Thiering (SSW). „Die Allarmsignale werden immer lauter“, sagte Bildungsministerin Karin Prien (CDU).

i

## Wachsendes Problem

Mitte Mai meldete die landesweite Informations- und Dokumentationsstelle Antisemitismus in Schleswig-Holstein (Lida-SH) deutlich steigende Zahlen. Für 2023 verzeichnete die Einrichtung 120 Vorfälle, im Jahr davor seien es 79 gewesen. Laut einer Statistik des Bundesinnenministeriums und des Bundeskriminalamts gab es deutschlandweit im Vorjahr 4.369 antisemitische Delikte, die allermeisten nach dem 7. Oktober. Im Jahr zuvor sei es ein Bruchteil dieser Zahl gewesen.

# Neue Synagoge in Kiel eingeweiht

**86 Jahre, nachdem Nationalsozialisten jüdische Gotteshäuser in ganz Deutschland zerstört haben, hat die Jüdische Gemeinde Kiel eine neue Synagoge in der Innenstadt eröffnet. Zahlreiche Vertreter von Politik und Gesellschaft wohnten der Einweihung des Gemeindezentrums „Mishkan Sholom“ bei. Der Name ist Hebräisch für „Heiligtum des Friedens“. Die Eröffnung der ersten als solcher erkennbaren Synagoge in Kiel seit der Zerstörung der alten Synagoge während der Pogromnacht 1938 sei ein historisches Ereignis, das weit über die Stadtgrenzen hinaus Zeichen setze, betonte die jüdische Gemeinde.**

Landtagspräsidentin Kristina Herbst unterstrich in ihrer Grußrede, dass jüdisches Leben zu Schleswig-Holstein und zu Deutschland gehöre. Um Vorurteile abzubauen, sei es

wichtig, die Neugier für jüdische Kultur zu wecken: „Ich weiß, wie sehr sich die Jüdische Gemeinde Kiel dafür einsetzt, ihren Mitmenschen dieses jüdische Leben näher zu bringen.“

Das neu eröffnete Gotteshaus sei ein Ort des Gebets und der Einkehr, aber auch der Begegnung und des Gesprächs.



Walter Joshua Pannbacker, Vorstand der Jüdischen Gemeinde Kiel, weiht am Altar die Synagoge „Mishkan Shalom“ ein.

# Kompromiss bei kommunaler Demokratie – Volksinitiative einverstanden

Die von CDU und Grünen im vergangenen Jahr beschlossenen Einschränkungen bei kommunalen Bürgerbegehren sind teilweise wieder zurückgenommen worden. Der Landtag verabschiedete Ende Mai einstimmig entsprechende Änderungen der Gemeinde- und der Kreisordnung. Auch die Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“ zeigte sich im Vorfeld der Debatte einverstanden. Sie hatte gefordert, die schwarz-grünen Änderungen zurückzunehmen.

Nach dem Beschluss der Koalition vom März 2023 waren Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen ausgeschlossen, wenn die Kommunalvertretung den Plan mit Zweidrittelmehrheit beschlossen hatte. Diese Regelung wurde nun wieder gestrichen. Bei einem Bürgerbegehren zu einer Bauleitplanung gelten jetzt aber höhere Quoren als für andere Bürgerbegehren. So müssen in einer Gemeinde mit bis zu 20.000 Einwohnern innerhalb eines halben

Jahres 15 Prozent der Stimmberechtigten unterschreiben, damit es zur Abstimmung kommt. In anderen Fällen sind es zehn Prozent. Zudem müssen mehr Menschen zustimmen, damit das Anliegen erfolgreich ist. Wenn es um die Bauleitplanung geht, muss in Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern eine Mehrheit Ja sagen, die mindestens 30 Prozent der Stimmberechtigten entspricht. In anderen Fällen sind es 20 Prozent.

Insbesondere die CDU hatte die Verschärfung vorangetrieben. Ziel war es, Baugenehmigungen für Schulen, Wohnhäuser oder Windräder zu beschleunigen. Es sei seiner Partei darum gegangen, den Beschlüssen der gewählten Gemeindevertreter mehr Gewicht zu verleihen, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Koch Ende Mai im Plenum. Nun sei aber ein „fairer Kompromiss zwischen allen Beteiligten“ erreicht worden. Andere Elemente der schwarz-grünen Änderung haben Bestand: So müssen Bürgerbegehren gegen einen Beschluss einer Kommunalvertretung binnen drei Monaten folgen. Lasse Petersdotter (Grüne) sprach von einer „gesichtswahrenden Lösung für beide Seiten“, und Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) lobte, die Einigung treffe auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz.

Die Opposition hatte die Ursprungspläne der Koalition als „Demokratieabbau“ kritisiert. Kai Dolgner von der SPD, die sich dem Protestbündnis angeschlossen hatte, stellte fest, dass der große öffentliche Druck bei der Koalition „offenbar zum Umdenken geführt“ habe. Die Fraktionen von FDP und SSW hatten erfolglos vor dem Landesverfassungsgericht gegen die Reform geklagt. Bernd Buchholz (FDP) argwöhnte, das Regierungsbündnis habe Angst vor einem Volksentscheid gehabt. Jette Waldinger-Thiering vom SSW, der auch Teil der Volksinitiative war, bilanzierte: „Wir alle zusammen haben mit dieser Initiative das Schlimmste verhindern können.“

**Mehr: Landtagszeitschrift 01/24**



Im September 2023 hatte die Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“, ein Bündnis aus 50 Organisationen, rund 25.000 gültige Unterschriften an den Landtag übergeben. Den nun gefundenen Kompromiss bezeichneten die Initiatoren als „positives Signal für die Demokratie“.

## Mehr WiPo-Unterricht gefordert

Das Schulfach Wirtschaft/Politik (WiPo) kann eine zentrale Hilfestellung leisten, damit sich junge Menschen zu verantwortungsvollen Staatsbürgern entwickeln. Aber an Schleswig-Holsteins Schulen spielt es oft nur eine Nebenrolle. Das wurde in einem Fachgespräch des Bildungsausschusses Mitte Mai deutlich.

„Die Unterrichtssituation ist nach wie vor nicht zufriedenstellend“, sagte der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann: „Wir müssen uns nicht wundern, wenn komplexe Zusammenhänge nicht mehr verstanden werden und wenn einfache populistische Standpunkte Zulauf gewinnen.“ Er forderte, bereits in der 8. Klasse mit zwei WiPo-Stunden einzusteigen. Christopher

Vogt (FDP) wies darauf hin, dass das Wahlalter bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen auf 16 Jahre gesenkt wurde – der WiPo-Unterricht dürfe nicht erst danach starten. Malte Krüger (Grüne) forderte, den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht „so früh wie möglich“ zu beginnen. Ein verbreitetes Problem ist der Mangel an Fachlehrern. Jette Waldinger-Thiering (SSW) regte an, WiPo in die Liste der „Mangelfächer“ aufzunehmen, um auch Quer- und Seiteneinsteigern den Zugang zu ermöglichen.

Auch Besuche von Politikern seien hilfreich, so Martin Habersaat (SPD): „Ich erlebe aber immer noch Schulen, die der Meinung sind, dass man mit Politikern im Unterricht gar nicht sprechen darf.“ Demokratie-Training sei eine „Haltungsaufgabe“ für alle Lehrkräfte, so Martin Balasus (CDU): „Bildung ist das erste Bollwerk für den Erhalt der Demokratie.“



Nach der Europawahl

## Demokratiebildung soll gestärkt werden

Um extremistischen Tendenzen, Desinformation und Gleichgültig entgegenzuwirken, soll die Demokratiebildung an Schleswig-Holsteins Schulen ausgebaut werden. Darüber herrschte Mitte Juni Einigkeit im Landtag. Die SPD hatte die Debatte mit einem „Rahmenkonzept“ angestoßen. Ein konkreter Anlass: Bei der jüngsten Europawahl und auch der parallel ausgerichteten Juniorwahl hatten extremistische und populistische Parteien zugelegt (siehe S. 11).

„Die Menschen werden nicht als Demokratinnen und Demokraten geboren“, sagte Martin Habersaat (SPD). Nach dem Willen der SPD soll jede Schule eine Schulverfassung bekommen, in der die Rolle der Klassenräte, Klassensprecherkonferenzen und Schulkonferenzen niedergeschrieben wird. Lehrer sollen eine respektvolle Streitkultur vermitteln,

aktuelle politische Themen im Unterricht behandeln und „abstrakte Konzepte“ wie Demokratie und Menschenrechte anschaulich erklären. Zudem sollen kommunalpolitische Fragen eine größere Rolle spielen. Vor Wahlen sollen Kandidaten eingeladen werden, und es soll Kooperationen mit Partnern aus der politischen Bildung geben.

Vieles davon gebe es schon, erwiderte Martin Balasus (CDU). Es sei nicht nötig, den Schulen „noch ein neues Konzept überzustülpen“. Wichtig sei die Aus- und Weiterbildung der Lehrer, so Bildungsministerin Karin Prien (CDU): „Am Ende ist die Frage von Mitbestimmung der Schüler eine Handlungsfrage von Lehrkräften.“

Die Koalition regte in einem eigenen Antrag „Schülerfeedbacks“ und ein detaillierteres „Gewaltmonitoring“ an, in dem extremistische

sche und rassistische Vorfälle erfasst werden. Außerdem fordern CDU und Grüne eine Stärkung der Medienkompetenz. Das Ziel müsse die „Widerstandsfähigkeit gegenüber extremistischen Tendenzen und Verschwörungstheorien“ sein, sagte Malte Krüger (Grüne).

Das Konzept müsse „altersangemessen“ sein, merkte Christopher Vogt (FDP) an: „Verfassung, Geschäftsordnung – vielleicht geht das auch etwas schlanker.“ Grundsätzlich bräuchten Schulen Hierarchien und könnten „nur eingeschränkt demokratisch funktionieren“. Jette Waldinger-Thiering (SSW) forderte, früher mit dem Fach Wirtschaft/Politik (WiPo) zu starten: „Demokratiebildung darf nicht erst in der 8. Klasse beginnen.“ Der Bildungsausschuss berät das Thema weiter.

**Mehr zum Thema WiPo auf Seite 8**



Martin Habersaat (SPD, li.) sah „Demokratie-Kitas“ als Vorbilder für Schulen, Martin Balasus (CDU, Mi.) fand, „dass es bei uns in SH gut läuft“, und Malte Krüger (Grüne, re.) betonte: „Die beste Schutzimpfung gegen extremistische Parteien ist Bildung.“

## Sylt-Video mit ausländerfeindlichen Gesängen ist kein Einzelfall

Gäste einer Bar grölen auf Sylt ausländerfeindliche Parolen zu einem Party-Song – und landen damit im Internet: Das entsprechende Video hat Ende Mai bundesweite Empörung ausgelöst. Eine Woche danach befasste sich der Innen- und Rechtsausschuss mit dem Thema.

Laut Oberstaatsanwalt Georg Friedrich Güntge wurden drei Personen, die auf dem Sylt-Video zu sehen sind, identifiziert. Sie hätten die Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ auf den Party-Hit „L'Amour Toujours“ des

italienischen DJ Gigi D'Agostino skandiert. In den folgenden Tagen wurden ähnliche Geschehnisse auch aus einem anderen Sylter Lokal, aus Pahlen (Kreis Dithmarschen), aus Schenefeld (Kreis Pinneberg), aus Lübeck sowie aus anderen Bundesländern bekannt. Alle Abläufe waren ebenfalls per Video festgehalten worden und tauchten auf Plattformen wie TikTok und Instagram auf. In allen Fällen werde, zum Teil gegen unbekannt, ermittelt, so Oberstaatsanwalt Güntge. „Ausländerfeindliche Parolen sind jedoch nicht automatisch eine Straftat der Volksverhetzung“, betonte Güntge. Es brauche

dafür zusätzlich eine Aufstachelung zum Hass oder zu Willkürmaßnahmen.

Es sei nicht neu, dass Rechtsextremisten populäre Lieder vereinnahmten, erläuterte Innen-Staatssekretärin Magdalena Finke. Die nun genutzte Parole stamme aus der rechtsextremen Szene der 90er-Jahre und wurde ursprünglich von der NPD verwendet. Das heiße auch: Wer die Parole jetzt rufe, müsse wissen, mit wem er sympathisiere. Fragen der Abgeordneten zu den Details der Taten wurden aufgrund der laufenden Ermittlungen in nichtöffentlicher Sitzung erörtert.

# Landesfinale „Jugend debattiert“: Mehr Dänisch, weniger TikTok?

**R**eden und zuhören, Argumente vorbringen und die Position der Gegenseite ernst nehmen – darum geht es bei „Jugend debattiert“. Ende April kamen wieder rund 100 Schüler aus ganz Schleswig-Holstein in den Plenarsaal, zum diesjährigen Landesfinale des Diskussionswettbewerbs. Sie hatten sich zuvor auf Schul- und Regionalebene durchgesetzt. Am Ende gab es Siegerurkunden und die Erkenntnis, dass der respektvolle Meinungs austausch ein Kernelement der Demokratie ist, das erlernt und gepflegt werden muss.

Sollte Dänisch an allen weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein als zweite Fremdsprache angeboten werden? Darüber streiten die vier Finalisten aus der Sekundarstufe I (Klassen 7 bis 10). Zwei sprechen sich für den Vorschlag aus, zwei sind dagegen. Das muss nichts mit der persönlichen Einstellung zu tun haben – die Pro- und Kontra-Rollen werden per Los verteilt. „Ich habe selbst einen dänischen familiären Hintergrund, aber ich spreche leider die Sprache nicht“, sagt Smilla aus Bad Schwartau. Da müsse die Schule nachhelfen. Johann aus Kiel zeigt sich unbeeindruckt: „Wo wollt ihr die Lehrer herbekommen?“ Schon jetzt seien an Schleswig-Holsteins Schulen 5.000 Stellen unbesetzt. Leonor aus Ahrensburg will die fehlenden Pädagogen bis 2026 bei der dänischen Minderheit einwerben. Julika aus Eutin hält es hingegen für wichtiger, Französisch, Spanisch oder Mandarin zu beherrschen: „Nur 0,1 Prozent der Weltbevölkerung sprechen Dänisch.“

Nach 25 Minuten gibt es kein konkretes Ergebnis, aber darum geht es bei „Jugend debattiert“ auch nicht. Die Teilnehmer sollen ihre Sachkenntnis, ihr Ausdrucksvermögen und ihre Überzeugungskraft unter Beweis stellen. Während sich die fünfköpfige Jury zur Beratung zurückzieht, lobt der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, den Wettbewerb. Er zeige jungen Menschen, „dass es in Politik und Gesellschaft eine Vielzahl kontroverser Positionen gibt“ und „dass einfache Antworten oft zu kurz greifen“.

Die Juroren küren schließlich Smilla Egtved vom Leibniz-Gymnasium in Bad Schwartau zur Landessiegerin: Sie habe ihre Argumente am überzeugendsten und wirkungsvollsten rübergebracht. Gemeinsam mit der Zweitplatzierten, Leonor Erker Carvajal von der Stormarnschule in Ahrensburg, vertrat Smilla Schleswig-Holstein Anfang Juni beim Bundesfinale in Berlin. Zuvor bekamen die Sieger aus allen Bundesländern ein Rhetoriktraining auf Burg Rothenfels in Bayern.

## „Nutzen Sie Ihr Talent, mischen Sie sich ein!“

Bei den älteren Schülern (Klassen 11 bis 13) geht es um die Frage: Sollte die Landesregierung sich aus sozialen Netzwerken wie X oder TikTok zurückziehen? Auf jeden Fall, fordert Helena aus Kiel. Angesichts antisemitischer und rassistischer Kommentare auf den Plattformen müsse das Land eine „Vorbildfunktion“ einnehmen. Mila aus Schenefeld erwartet hingegen von der Politik, auf aktuellem Stand zu kommunizieren: „Es werden ja auch keine Brieftauben mehr verwendet.“ Ben aus Ahrensburg weist darauf hin, dass Social Media von gewinnorientierten Unternehmen betrieben werden. Da müsse das Land als „öffentliche Stelle“ auf Distanz gehen. „Innovative Medien“ böten die Chance, die Jugend anzusprechen, erwidert Felix aus Quickborn.

Als „beachtenswert“ stuft die Jury den Auftritt von Felix Jung vom Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Quickborn ein. Er erringt Platz eins und durfte ebenfalls zum Bundesentscheid, begleitet vom Zweitplatzierten, Ben Plaumann von der Stormarnschule Ahrensburg. Zum Abschluss lobt Landtagspräsidentin Kristina Herbst die Qualität der Beiträge: „Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben bewiesen, dass sie die Kunst des Debattierens beherrschen.“ Ihre Glückwünsche verbindet Herbst mit einem Appell: „Unsere Demokratie und unser Gemeinwesen brauchen junge, talentierte Menschen wie Sie! Nutzen Sie Ihre Fertigkeiten und bringen Sie sich ein – im Verein, in Ihrer Gemeinde, in einer politischen Partei!“



Die Siegerinnen Smilla Egtved (li.) und Leonor Erker Carvajal in der Finaldebatte. Der Landtag richtet das Landesfinale von „Jugend debattiert“ traditionell gemeinsam mit dem Bildungsministerium, dem Landesbeauftragten für politische Bildung, der Hertie-Stiftung und der Nixdorf-Stiftung aus.



Ben Plaumann (oben) und Felix Jung setzten sich bei den Oberstufenschülern durch. Bundesweit haben sich in diesem Jahr 200.000 Schüler aus mehr als 1.400 Schulen beteiligt. Im Lande waren 75 Schulen dabei.

# EU-Themen: Minderheiten-Kommissar, Zusammenarbeit in Nord- und Ostsee

Zwei Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament hat sich der Landtag parteiübergreifend zur europäischen Einigung bekannt. Die EU sei ein „Glücksfall“ und ein Garant für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, hieß es Ende Mai in einem gemeinsamen Wahlaufufruf. Der Landtag befasste sich zudem mit weiteren europäischen Themen.

## Landtag fordert EU-Kommissar für Minderheiten

Geschlossen hat der Landtag im Mai die Ernennung eines EU-Kommissars für nationale Minderheiten und die Errichtung einer EU-Institution für Regional- und Minderheitensprachen gefordert. Jette Waldinger-Thiering (SSW) rief die Kommission auf, sich „endlich zu ihrer Verantwortlichkeit für die nationalen Minderheiten zu bekennen“. Mehr als 50 Millionen Menschen gehörten einer

kulturellen Minderheit an, und viele würden in ihren Heimatstaaten diskriminiert. Bislang erklärte sich die Kommission in diesem Bereich für nicht zuständig.

## Streit um Mitgliedschaft in Küsten-Gremium

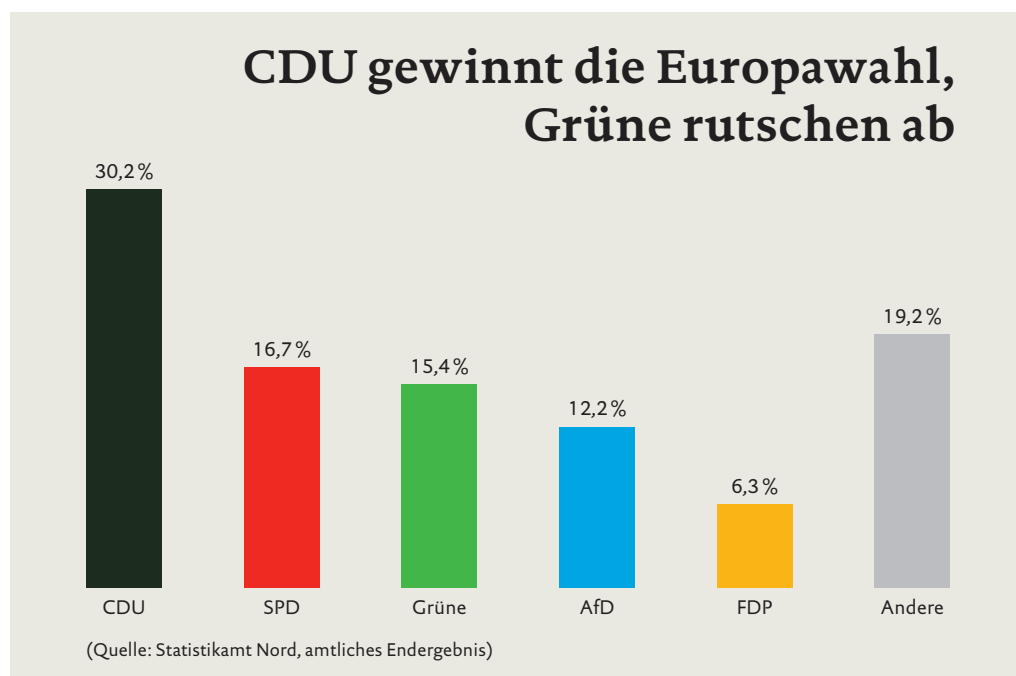
Ein Zankapfel war im Mai die Mitgliedschaft Schleswig-Holsteins in der Konferenz der Peripheren Küstenregionen (KPKR) und einer ihrer Unterabteilungen, der Nordseekommission. Das Land will sich daraus zurückziehen, um Kosten zu sparen. SPD und SSW kritisierten diesen Schritt: Die Mitgliedschaft sei „von enormer Bedeutung“ für die Klima-, Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik, mahnte Marc Timmer (SPD). CDU und Grüne verteidigten den Ausstieg: Die Ziele des Landes ließen sich auch ohne KPKR erreichen. Bremen sei stellvertretend für alle Anrainer-Bundesländer dabei, so Uta Wentzel (CDU) – Schleswig-Holstein konzentriere sich auf andere Gremien.

## Ostseebericht: Lage ist „sehr angespannt“

Die Landesregierung hat dem Parlament im Juni zudem ihren „Ostseebericht“ vorgelegt. Das Papier beschreibt die Zusammenarbeit in der Region, etwa im „Netzwerk der Subregionen des Ostseeraums“, im Ostseerat, im Nordischen Rat und in der Ostseeparlamentarierkonferenz. Schleswig-Holstein arbeitet demnach mit den anderen Anrainern in den Bereichen, Kultur, Bildung, Meeresschutz und Verkehr eng zusammen. Überschattet werde die Kooperation derzeit vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Das Verhältnis zu Russland, das mit fünf der acht Ostseeanrainerstaaten eine direkte Grenze teilt, sei „sehr angespannt“. Bei den unmittelbaren Nachbarn sei die Sorge groß, „dass Russland den Plan verfolgt, seine neoimperiale Interessenssphäre immer mehr auszuweiten“. Der Europaausschuss berät weiter.

Die CDU ist bei der Europawahl am 9. Juni wieder stärkste Kraft in Schleswig-Holstein geworden, wie zuletzt 2014. Gegenüber dem Urnengang 2019 konnten die Christdemokraten ein Plus von 4,0 Prozentpunkten einfahren. Die SPD büßte 0,4 Punkte ein und verzeichnete ihr schwächstes Abschneiden bei einer Europawahl im Norden. Die Grünen, die 2019 im Lande noch Wahlsieger waren, verloren im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren 13,7 Prozentpunkte. 2019 waren sie mit 29,1 Prozent erstmals stärkste Partei gewesen. Die AfD konnte ihr Ergebnis um 4,7 Punkte verbessern. Die FDP holte ein Plus von 0,4 Prozentpunkten. Der SSW kandidierte nicht.

Insgesamt traten 34 Parteien an. Acht weitere Parteien holten in Schleswig-Holstein mehr als 10.000 Stimmen: das Bündnis Sahara Wagenknecht (4,1 Prozent), die Partei Volt (2,5 Prozent), Die Linke (2,3 Prozent), Die Partei (2,1 Prozent), die Tierschutzpartei (1,6 Prozent), die Freien Wähler (1,2 Prozent), die Familienpartei (0,8 Prozent) und die Partei des Fortschritts (0,7 Prozent). Eine Sperrklausel gibt es bei der Europawahl nicht.



Die Wahlbeteiligung war mit 64,4 Prozent höher als vor fünf Jahren, als 59,8 Prozent der Berechtigten ihre Stimme abgegeben hatten. Landtagspräsidentin Kristina Herbst bezeichnete den Trend als erfreulich: „Zufrieden geben sollten wir uns mit einer Beteiligung von gut 64 Prozent aber nicht. Es gibt noch Luft nach oben.“

Drei der 720 Mitglieder des neuen Europäischen Parlaments stammen aus Schleswig-Holstein: Die ehemaligen Landtagsabgeordneten Niclas Herbst (CDU) und Rasmus Andresen (Grüne) sowie Delara Burkhardt (SPD) konnten ihre Mandate verteidigen.

## Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie schauen wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Im Jahr nach der deutschen Einheit streiten Osis, Wessis und auch Nordlichter über die Frage: Bonn oder Berlin?

# 1991:

## Landtag fordert Volksabstimmung über Regierungssitz

**Weiter in Bonn oder künftig in Berlin: Wo sollen Bundestag und Bundesregierung im wiedervereinigten Deutschland ihren Sitz haben? Über diese Frage wird im Frühjahr 1991 kontrovers diskutiert. Bevor der Bundestag am 20. Juni 1991 eine Entscheidung fällt, schlagen auch im Kieler Landtag die Wellen hoch. Mehrfach steht das Thema auf der Tagesordnung des Landesparlaments, in dem eine SPD-Mehrheit einer CDU-Opposition und einem SSW-Vertreter gegenübersteht. Im Plenarsaal äußern sich Berlin-Befürworter, Bonn-Anhänger – und diejenigen, die diese Entscheidung den Bürgern in einer Volksabstimmung überlassen wollen.**

Dabei ist die Frage, welche Stadt die deutsche Hauptstadt ist, längst entschieden. „Hauptstadt Deutschlands ist Berlin“, heißt es im Einigungsvertrag, den die Bundesrepublik und die DDR im August 1990 abschließen und der am 3. Oktober 1990 mit der Wiedervereinigung in Kraft tritt. Bereits 1957 hatte der Bundestag die „Vorbereitung Berlins als gesamtdeutsche Hauptstadt“ gefordert. Ein zentraler Punkt bleibt aber ungeklärt: „Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden“, besagt der Einigungsvertrag.

„Was ist eine Hauptstadt ohne Regierung und ohne Parlament?“, fragt CDU-Oppositionsführer Klaus Kribben im April 1991 im Landtag und gibt selbst die Antwort: „Dies wäre ein Etikettenschwindel.“ Die CDU-Fraktion macht sich einstimmig für die Stadt an der Spree stark. Berlin sei „das Symbol für Freiheit und für den Willen, diese Freiheit zu verteidigen“, so Kribben. Dort wachse „nicht nur Deutschland zusammen, sondern auch der bislang geteilte Kontinent“. Die Verlegung der Verfassungsorgane nach Nordosten wäre zudem „ein gewichtiges Signal an die Menschen in den neuen Bundesländern“, das auch auf Schleswig-Holstein ausstrahlen

werde. Zwar werde ein Umzug teuer, aber „jede Mark, die heute für die Hauptstadt-funktion in Berlin ausgegeben wird, ist eine Investition in die Zukunft der Stadt und eine Investition in die neuen Bundesländer“. Die Nord-Union schlägt sich damit auf die Seite von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), der ebenfalls die Werbetrommel für Berlin rührt – im Gegensatz zu anderen Parteigrößen wie Arbeitsminister Norbert Blüm, der für Bonn plädiert.

### „Erfolgreiche Demokratie“ kontra „Besitzstandswahrung“

Auch die SPD ist gespalten. Auf einem Bundesparteitag in Bremen gibt es Anfang Juni 203 Stimmen für Bonn und 202 für Berlin. „Ich bin für Bonn“, sagt Björn Engholm, der nicht nur Ministerpräsident, sondern auch neuer Parteivorsitzender der Bundes-SPD ist, im Kieler Landtag. Der Name der Stadt am Rhein sei „identisch mit der ersten erfolgreichen Demokratie in unserer Geschichte“. Engholm verweist auf seine Bonner Jahre als Bundestagsabgeordneter von 1969 bis 1983, davon zwei als Bundesbildungsminister im Kabinett von Helmut Schmidt. „Ich bin, wenn Sie es technisch wollen, in Bonn politisch sozialisiert worden.“ Der Rendsburger SPD-Abgeordnete Günter Neugebauer stellt einen Pro-Bonn-Antrag und verweist auf den „nationalen Größenwahn, der leider auch von Berlin ausgegangen ist“. Zudem, so Neugebauer, müssten 100.000 Menschen – Beamte, Angestellte und deren Familien – im Falle einer Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin umsiedeln, und dies sei mit sozialen Härten verbunden.

Die SPD-Abgeordnete Ute Erdsiek-Rave, später Landtagspräsidentin und Bildungsministerin, geht auf Gegenkurs: „Für mich hat das Bestreben mancher Bonn-Befürworter, an diesem Provisorium Bonn festzuhalten, nicht nur etwas mit materiellem Besitzstandsdenken zu tun, sondern auch mit dem Versuch einer ideologischen Besitzstandswahrung.“



© Bundestag/Hans-Günther Oed

Im Bonner Wasserwerk, den provisorischen Sitzungssaal des Bundestages, fiel 1991 die Entscheidung für den Umzug nach Berlin.



Begegnung an der Regierungsbank: Karl Otto Meyer (SSW) und Ministerin Eva Rühmkorf (SPD)



Ein Bonn-Befürworter und ein Berlin-Verfechter: Björn Engholm (SPD, li.), Klaus Kribben (CDU)

Eine Entscheidung für Berlin sei hingegen ein Zeichen für einen Neuanfang wie auch für „die Kontinuität deutscher Geschichte“. Eva Rühmkorf, Ministerin für Bundesangelegenheiten, vertritt ebenfalls den Berlin-Flügel der SPD: „Zu viele glauben noch, man könne auch in diesem Deutschland, in dem neuen Deutschland, weitermachen wie in der alten Bundesrepublik. Und dieser Glaube ist falsch.“

Mit Blick auf die unklare Gemengelage in der Politik wie in der Bevölkerung schlagen die Sozialdemokraten eine Volksabstimmung vor. Die Menschen wollten selbst über diese wichtige Frage entscheiden, hat der spätere Landtagspräsident Heinz-Werner Arens beobachtet: „Das zeigen alle Diskussionen, sei es im Fernsehen, auf den Straßen, in den Parlamenten oder am Arbeitsplatz.“ Der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer stellt sich hinter den SPD-Plan. Es sei „schwer verständlich“, so Meyer, dass die Wähler entscheiden dürften, „ob irgendwo eine Schule umgesiedelt werden soll, ob eine Ganztagschule errichtet werden darf oder nicht“, dass sie aber bei der Bonn-Berlin-Frage draußen vor bleiben müssten.

Die CDU lehnt den Vorstoß hingegen ab: Es gebe „gute Gründe dafür, dass emotional besonders aufheizbare Themen eben nicht durch Volksabstimmung geklärt werden sollen“, wendet der Abgeordnete Eberhard Dall'Asta ein. Ansonsten müsse man das Volk auch zu den Themen „Wirtschaftsflüchtlinge“, Drogenbekämpfung oder Todesstrafe befragen. „Der Vorschlag, das Volk abstimmen zu lassen, mag durchaus populär sein“, so Oppositionsführer Kribben, „populistisch

ist er in jedem Fall“. Denn „die öffentliche Auseinandersetzung im Vorfeld der Volksabstimmung würde den emotionalen Spalt zwischen den Berlin-Anhängern und den Bonn-Anhängern weiter vertiefen“. Zudem sei dafür zunächst eine Änderung des Grundgesetzes nötig – und der gesamte Streit könne „frühestens im Spätherbst“ beigelegt werden.

### Bonn verliert – und behält eine Menge

Am Ende steht im Kieler Landtag ein deutliches Signal für Berlin. In namentlicher Abstimmung votieren 60 Abgeordnete für einen Umzug von Parlament und Regierung. Bonn erhält lediglich neun Stimmen. Dem Vorschlag, die Frage per Volksabstimmung zu klären, stimmen 46 Parlamentarier zu, 24 sind dagegen, es gibt eine Enthaltung.

Nachdem auch mehrere andere Landesparlamente sich positioniert haben, steht am 20. Juni 1991 in Bonn die Entscheidung des Bundestages an. Zuvor spekulieren Medien über eine knappe Mehrheit für einen Verbleib im Rheinland, aber nach zwölf Stunden Debatte und 105 Redebeiträgen lautet das Ergebnis: 338 Stimmen für Berlin, 320 für Bonn. Die ansonsten übliche Fraktionsdisziplin ist an diesem Tag aufgehoben. Die Stimmen für Berlin kommen überwiegend aus dem Norden und dem Osten der Republik, die Vertreter aus dem Westen und dem Süden sind mehrheitlich für Bonn. Unter den CDU-Abgeordneten gibt es 54 Prozent Berlin-Unterstützer, bei der SPD sind es 47 Prozent und bei der FDP 67 Prozent. Die in

Ostdeutschland verankerten Parteien PDS und Bündnis 90 votieren mit großer Mehrheit für Berlin, die bayrische CSU ist größtenteils für Bonn.

Doch es dauert, bis auf dem Beschluss konkrete Taten folgen. Erst knapp drei Jahre später, im März 1994, regelt das Bonn-Berlin-Gesetz den Zeitplan. In der Hauptstadt rollen nun die Bagger an, das mehr als 100 Jahre alte Reichstagsgebäude bekommt einen neuen Plenarsaal und eine gläserne Kuppel. Drum herum entstehen weitere Büro- und Sitzungsbauten. Gegenüber dem Reichstag wird ein neues Kanzleramt errichtet, und der Bundesrat, der zunächst in Bonn bleiben wollte, zieht in den ehemaligen Sitz des Preußischen Herrenhauses. Am 4. Oktober 1999 kommt der Bundestag erstmals am neuen Ort zusammen. Die Bundesministerien ziehen schrittweise um, seit 2008 sind mehr Mitarbeiter in Berlin als in Bonn angesiedelt.

Das Bonn-Berlin-Gesetz bestimmt aber auch, dass die alte Hauptstadt, die nun den Titel „Bundesstadt“ trägt, weiterhin einen Teil der Regierung beherbergt. Sechs der 14 Ministerien (Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Umwelt, Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit) sitzen nach wie vor am Rhein, die anderen haben dort Außenstellen. Damit tritt das ein, was die SPD-Abgeordnete Erdsiek-Rave schon 1991 vorausgesagt hat: „Berlin ist nicht Tokio, und Bonn ist nicht Krähwinkel.“

**Karsten Blaas**



**Oliver Kumbartzky**, FDP-Abgeordneter aus Brunsbüttel und Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion, ist am 9. Juni, dem Tag der Europawahl, zum Bürgermeister von Büsum gewählt worden. Der Diplom-Kaufmann, der auch FDP-Landesvorsitzender ist, erhielt 59,8 Prozent der Stimmen und setzte sich damit gegen eine Gegenkandidatin durch. Büsums aktueller Bürgermeister Hans-Jürgen Lütje (Freie Wählergemeinschaft Büsum, FWB) will sein Amt vorzeitig niederlegen. Kumbartzky, der dem Landtag seit 2009 angehört, wurde von CDU, SPD und FWB unterstützt. Er wird sein neues Amt im Februar 2025 antreten.

**Karin Prien**, CDU-Landtagsabgeordnete und schleswig-holsteinische Bildungsministerin, bleibt für weitere zwei Jahre stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei. Auf einem Parteitag in Berlin Anfang Mai erhielt sie 58,1 Prozent der Delegiertenstimmen und behauptete damit einen der fünf Stellvertreterposten des ebenfalls wiedergewählten Parteichefs Friedrich Merz. Prien ist seit 2021 stellvertretende CDU-Vorsitzende. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion **Birte Glißmann** wurde auf dem Parteitag auf ihrem Posten als eines von 26 gewählten Mitgliedern des Bundesvorstands bestätigt. Sie gehört dem Vorstand seit 2022 an und erhielt 74,9 Prozent Zuspruch.

**Dirk Schrödter**, Minister für Digitalisierung und Chef der Staatskanzlei, gehört seit Mitte April dem Aufsichtsrat der ZenDis GmbH an. Die bundeseigene Firma mit Sitz in Bochum berät die öffentliche Verwaltung beim Übergang zu Open-Source-Software (OSS). Der Landtag hat Schröders Aufsichtsratsitz Ende Mai einstimmig genehmigt. Die Genehmigung war notwendig, weil laut Landesverfassung kein Minister „ohne Zustimmung des Landtages dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb ausgerichteten Unternehmens angehören“ darf. Es sei nicht auszuschließen, so die Staatskanzlei, dass die ZenDis GmbH „Eigenschaften eines auf Erwerb ausgerichteten Unternehmens erfüllt“.

**Mehr zum Thema OSS auf Seite 22**



**Juliane Rumpf**, schleswig-holsteinische Landwirtschafts- und Umweltministerin von 2009 bis 2012, übernimmt am 1. Juli den Posten der Landesnaturschutzbeauftragten. Die CDU-Politikerin folgt auf Prof. Holger Gerth, der nach 13 Jahren das Amt altersbedingt zur Verfügung stellt. Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) berief Rumpf in dieses Ehrenamt. Die Landesnaturschutzbeauftragte vermittelt zwischen Behörden, Landwirtschaft und Umweltschützern und bemüht sich um einen Interessenausgleich.

**Birgit Voß-Güntge** ist neue Präsidentin des Landessozialgerichts in Schleswig. Der Landtag wählte die bisherige Vizepräsidentin des Obergerichtes Ende Mai einstimmig. Zuvor hatte sich die Juristin als einzige Bewerberin im Innen- und Rechtsausschuss vorgestellt und war dort ebenfalls einstimmig nominiert worden.

**Der Innen- und Rechtsausschuss** hat Ende April einstimmig die Vertrauensleute für die Ausschüsse bestimmt, die bei den Verwaltungs- und Obergerichten für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter zuständig sind. Dies sind: Susanne Schäfer-Quack (zuständig für den Kreis Schleswig-Flensburg und die Stadt Flensburg), Martina Köster (Kreise Dithmarschen und Nordfriesland), Dieter Schaaf (Kreise Pinneberg und Steinburg), die ehemalige Landwirtschaftsministerin Juliane Rumpf (Kreis Rendsburg-Eckernförde und Stadt Kiel), Petra Günther (Kreise Ostholstein und Plön) und Sigrid Kröhnke (Kreis Herzogtum Lauenburg und Stadt Lübeck). Zudem wurde jeweils eine Person als Stellvertretung benannt.

**Sabine Doppler** ist neue Chefredakteurin im NDR-Landesfunkhaus Schleswig-Holstein in Kiel. Sie hat ihr Amt am 1. Juni angetreten und führt den crossmedialen Programmbereich, in dem das „Schleswig-Holstein Magazin“, das Hörfunk-Programm „NDR 1 Welle Nord“ sowie non-lineare Angebote wie die „NDR Schleswig-Holstein App“ entstehen. Doppler war zuvor für den NDR in Hamburg tätig, unter anderem als Redaktionsleiterin der Fernsehsendungen „Markt“ und „DAS!“. Sie ist Nachfolgerin von Bettina Freitag, die seit 2022 crossmediale Chefredakteurin war.

## Landtag beim „Business Run“ dabei

Rund ums Landeshaus führte Ende Mai der Kieler „Business Run“. Beim Wettbewerb für Betriebslaufgruppen, den die AOK alljährlich ausrichtet, gingen 941 Teams mit rund 5.000 Hobbysportlern an den Start. Die Laufgruppe des Landtags landete nach 4,5 Kilometern Strecke auf Platz 118 – und war durchaus zufrieden mit diesem Ergebnis.



## Runde Geburtstage – Herzlichen Glückwunsch!

**Gudrun Hunecke** aus Kiel, von 1987 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 22. Juni ihren 85. Geburtstag gefeiert.

**Eva Peters** aus St. Michaelisdonn (Kreis Dithmarschen), von 1988 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 27. Juni ihren 85. Geburtstag gefeiert.

**Wilfried Wengler** aus Henstedt-Ulzburg (Kreis Segeberg), von 2005 bis 2012 für die CDU im Landtag, hat am 11. April seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Irene Fröhlich** aus Husum, von 1996 bis 2005 für die Grünen im Landtag und zeitweilig Fraktionsvorsitzende, hat am 12. Mai ihren 80. Geburtstag gefeiert.

**Klaus Klinckhamer** aus Neuratjensdorf (Kreis Ostholstein), von 2000 bis 2012 für die CDU im Landtag, hat am 20. Mai seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Claus Ehlers** aus Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), von 1996 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 15. Mai seinen 80. Geburtstag gefeiert.

**Henning Höppner** aus Plön, von 2000 bis 2012 für die SPD im Landtag, hat am 5. Mai seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Dora Heyenn** aus Hamburg, von 1990 bis 1992 für die SPD im Landtag, von 2008 bis 2015 für Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft, hat am 16. Mai ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Ulrike Rodust** aus Holzdorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), von 1993 bis 2008 für die SPD im Landtag und von 2008 bis 2019 im Europaparlament, hat am 4. Juni ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Wilfried Voigt** aus Kiel, von April bis Juni 1996 für die Grünen im Landtag und anschließend bis 2005 Staatssekretär im Finanz- und im Wirtschaftsministerium, hat am 23. Juni seinen 75. Geburtstag gefeiert.

**Bernd Saxe** aus Lübeck, von 1992 bis 2000 für die SPD im Landtag und anschließend bis 2018 Lübecker Oberbürgermeister, hat am 30. März seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Ingrid Brand-Hückstädt** aus Plön, von 2009 bis 2012 im Landtag, hat am 19. April ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Klaus Schlie** aus Mölln, von 1996 bis 2005 und von 2009 bis 2022 für die CDU im Landtag, Landtagspräsident von 2012 bis 2022, Innenminister von 2009 bis 2012, Staatssekretär im Finanzministerium von 2005 bis 2009, hat am 14. Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert.



**Detlef Matthiessen** aus Osterby (Kreis Rendsburg-Eckernförde), von 1996 bis 2000, von 2002 bis 2005 und von 2006 bis 2017 für die Grünen im Landtag, hat am 14. Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Siegrid Tenor-Alschausky** aus Elmshorn, von 2000 bis 2012 für die SPD im Landtag, hat am 9. Juni ihren 70. Geburtstag gefeiert.

## Trauer um Arnold Wilken, Irmlind Heiser und Uwe Jensen

Der Landtag hat in seinen Tagungen im Mai und im Juni drei Verstorbene mit Schweigeminuten geehrt.



Der SPD-Politiker **Arnold Wilken** ist, wie erst später bekannt wurde, bereits am 12. Januar im Alter von 85 Jahren gestorben. Der Justizbeamte aus Högersdorf (Kreis Segeberg) gehörte dem Parlament von 1992

bis 1996 an. Landtagspräsidentin Kristina Herbst würdigte Wilken als „fleißigen, nur schwer aus der Ruhe zu bringenden, verlässlichen und im Umgang verbindlichen Politiker aus Leidenschaft“. Neben seiner Arbeit im Landtag habe Wilken insbesondere in seiner Heimatgemeinde Spuren hinterlassen, deren Bürgermeister er von 1986 bis 2008 war. Die Gemeinde Högersdorf verlieh ihm die Würde des Ehrenbürgermeisters. Wilken war Träger der Freiherr-vom-Stein-Medaille.



Am 29. April ist **Irmlind Heiser** im Alter von 84 Jahren verstorben. Die Pharma-Referentin aus Flensburg gehörte dem Landtag von 1980 bis 1992 an. Sie war zunächst Mitglied der CDU-Fraktion, bevor sie 1992 mit ihrer Partei brach, der sie eine mangelhafte Aufarbeitung der „Barschel/Pfeiffer-Affäre“ vorwarf. Die letzten Wochen im Parlament war sie fraktionslos. Landtagspräsidentin Herbst würdigte Heiser als „mutige Frau, die fest, ja unerschütterlich zu ihren Überzeugungen stand“ und die „ihre innere Unabhängigkeit“ und ihre „unbeugsame Wertebindung“ stets bewahrt habe.



Der Sozialdemokrat **Uwe Jensen** ist am 29. Mai im Alter von 81 Jahren gestorben. Der aus Arenholz (Kreis Schleswig-Flensburg) stammende Verwaltungsrichter war von 1979 bis 1988 Abgeordneter und zwischenzeitlich Landtagsvizepräsident, bevor er bis 1993 als Justizstaatssekretär wirkte. Jensen habe sich „durch seine ausgleichende, den Menschen zugewandte und immer lösungsorientierte, herzlich-freundliche Art“ ausgezeichnet, betonte Landtagspräsidentin Herbst. Nach seiner landespolitischen Tätigkeit habe sich Jensen als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Borgwedel sowie als stellvertretendes Mitglied des Landesverfassungsgerichts weiter in den Dienst der Gesellschaft gestellt.

# Freude und Stolz: Landespolitik feiert Aufsteiger Holstein Kiel

**Wenige Tage nach dem entscheidenden 1:1 gegen Fortuna Düsseldorf, das Ende Mai den Aufstieg von Holstein Kiel in die 1. Fußball-Bundesliga besiegelte, wurde das Team im Landeshaus begeistert empfangen.**

Abgeordnete, Vertreter der Landesregierung, Mitarbeiter und zahlreiche Holstein-Fans begrüßten Spieler, Trainerstab und Vorstand in der Eingangshalle. „Ich bin einfach stolz auf Euch“, rief Landtagspräsidentin Kristina Herbst den Kieler „Störchen“ zu. „Politik und Gesellschaft können sich von Euch, von Eurem Teamgeist und Siegeswillen, eine dicke Scheibe abschneiden.“ Auch Ministerpräsident Daniel Günther betonte seine Freude darüber, dass in der kommenden Saison erstmals ein schleswig-holsteinischer Verein in der 1. Bundesliga auflaufen wird:

„Zu sehen, dass der Glaube daran, es schaffen zu können, mit Erfolg gekrönt ist – das ist schon etwas, was wir für unser Land mitnehmen und was Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren prägen wird.“

„Der Aufstieg ist ein tolles Zeichen für das Sportland Schleswig-Holstein“, betonte die SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli. Holstein Kiel leiste seit Jahren wertvolle Arbeit in seinem Nachwuchsleistungszentrum. Daher sei es schön zu sehen, dass auch der regionale Fußballnachwuchs zu diesem Erfolg beigetragen habe. FDP-Fraktionschef Christopher Vogt wünschte Mannschaft und Verein, „dass es gelingt, sich auch in der 1. Liga zu etablieren.“ Die Stadt Kiel und die Landesregierung rief er auf, den anstehenden Stadionumbau „gemeinsam mit den Investoren zügig voranzutreiben“.



Landtagspräsidentin Kristina Herbst (in der Mitte neben Maskottchen „Stolle“) und Ministerpräsident Daniel Günther (li.) feiern mit dem Team von Holstein Kiel.



Im Landeshaus herrschte Jubelstimmung mit Konfettiregen, Live-Musik und einer großen Torte. Die Spieler und Trainer Marcel Rapp (am Mikrofon) trugen sich in die Gästebücher des Landtages und der Landesregierung ein.

## „Gorch Fock“ kehrte zurück – mit Holstein-Banner am Mast

**Nach dreimonatiger Ausbildungsreise ist das Segelschulschiff „Gorch Fock“ Mitte Juni in seinen Heimathafen Kiel zurückgekehrt. Landtagspräsidentin Kristina Herbst begrüßte die Besatzung noch vor dem offiziellen Einlaufen. Sie besuchte die Drei-**



**mastbark auf Reede in der Kieler Förde. Die „Gorch Fock“ ist seit mehr als 40 Jahren das Patenschiff des Landtages.**

Herbst lobte die Kameradschaft an Bord: Die Crew habe die Anstrengungen auf See gemeinsam als Team durchgestanden. Als Gastgeschenk übergab die

Parlamentspräsidentin ein Banner des frischgebackenen Fußball-Bundesligisten Holstein Kiel. Auch die KSV Holstein habe ihren Erfolg dem großartigen Zusammenhalt der Mannschaft zu verdanken, betonte Herbst – was eine Parallele zur Mannschaftsleistung auf der „Gorch Fock“ sei. Das Banner stammt vom Empfang im Landeshaus und wehte beim Einlaufen in den Kieler Hafen am Mast des Segelschiffs.

Die Ausbildungsreise war die letzte große Fahrt des scheidenden Kommandanten, Kapitän zur See Andreas-Peter Graf von Kielmansegg. Herbst dankte ihm im Namen aller Abgeordneten: „Sie haben sich um das ‚weiße Schiff‘ und die Deutsche Marine verdient gemacht und unser Patenschiff nach einer unsicheren Zeit buchstäblich wieder nach ganz vorn gesegelt.“ Die „Gorch Fock“ war am 8. März in Kiel zu ihrer 177. Auslandsreise gestartet. Die Fahrt führte über Gijon (Spanien), Tanger (Marokko), Porto (Portugal) und Saint-Malo (Frankreich) zurück nach Kiel.



# Zur EM: das Fußball-Quiz

Sieben Begebenheiten rund um den Lederball:

Zu jeder Antwort gehört ein Buchstabe, die richtigen Buchstaben ergeben das Lösungswort.

**1** „Ich möchte im Namen des Präsidiums des Landtags der deutschen Nationalmannschaft zum Einzug ins Halbfinale gratulieren“ – so eröffnete Vizepräsident Thomas Stritzl die Nachmittagsitzung am 21. Juni 2002. Wen hatte die DFB-Elf gerade bei der WM in Südkorea mit 1:0 geschlagen?

- a) Kamerun W
- b) Paraguay O
- c) Die USA A
- d) Brasilien N

**2** Während der WM 1974 trainierte das Nationalteam in Malente, und ein fußballbegeisterter Abgeordneter begegnete Franz Beckenbauer. Wer war der Parlamentarier aus Ostholstein, der auch den FC Landtag gründete?



- a) Kurt Hamer, SPD D
- b) Fritz Latendorf, CDU N
- c) Berthold Bahnsen, SSW A
- d) Uwe Ronneburger, FDP L

**3** Gerd Müller (1972) und Dieter Müller (1976) waren die erfolgreichsten Torschützen bei früheren Europameisterschaften, Thomas Müller war Top-Scorer der WM 2010. Wie viele Abgeordnete in der Geschichte des Landtages trugen den Nachnamen Müller?

- a) 8 P
- b) 10 T
- c) 12 W
- d) 14 C

**4** Der FC Landtag reiste 2004 nach Hohnstorf am Südufer der Elbe und spielte gegen die Kollegen aus Niedersachsen. Gegenüber welcher schleswig-holsteinischen Stadt liegt Hohnstorf?



- a) Brunsbüttel E
- b) Glückstadt H
- c) Geesthacht L
- d) Lauenburg F

**5** Der Abgeordnete Otto Eisenmann vom Schleswig-Holstein-Block (SHB) forderte 1954 Unterstützung für Holstein Kiel, „den einzigen Verein, den wir in der Fußballoberliga Nord überhaupt haben“. Was genau beantragte er?

- a) Zuschüsse zum Stadionausbau E
- b) Subventionierte Eintrittskarten L
- c) Die Befreiung von der Vergnügungssteuer I
- d) Den Kauf eines Starspielers mit Landesmitteln H

**6** Als „Fan des VfB Lübeck“ zog die SPD-Abgeordnete Sophia Schiebe im Februar 2024 eine Parallele zwischen Fußball und Wissenschaft: Beide bräuchten „eine erstklassige Spielstätte“. Wie heißt das Stadion des VfB Lübeck?



© dpa/Michael Schwartz

- a) Lohmühle F
- b) Böllenfalltor J
- c) Bremer Brücke L
- d) Bieberer Berg H

**7** Ein Abgeordneter stellte 1990 die Verbindung des Profifußballs zum „Volks- und Breitensport“ in Frage, „obwohl nach wie vor zehntausende Arbeitslose hohe Eintrittsgelder für zum Teil horrible Leistungen hochdotierter Profifußballer zu zahlen bereit sind“. Wer war's?

- a) Hermann Schwieger (SPD) O
- b) Wilhelm Rohwedder (CDU) E
- c) Karl Otto Meyer (SSW) F
- d) Matthias Böttcher (Grüne) G

Lösungswort:

|   |   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
|---|---|---|---|---|---|---|

Auflösung: Seite 29

# Auf dem Weg zur Kita-Reform: Flexiblere Gruppengrößen geplant

Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) hat Ende Mai Eckpunkte einer zum Jahresende geplanten Kita-Reform vorgestellt. Durch weniger Vorschriften und mehr Zuschüsse soll demnach die aktuelle Finanzierungslücke von 120 Millionen Euro geschlossen werden. Die Elternbeiträge sollen nicht steigen. Aus der Opposition kam dennoch Kritik.

Mit einem neuen Anstellungsschlüssel sollen Kitas ihr Personal flexibler einsetzen können, kündigte Touré an. So könnte früh morgens oder nachmittags, wenn weniger Kinder betreut werden, auch weniger Personal

zum Einsatz kommen – und in den Hauptbetreuungszeiten entsprechend mehr. Für zusätzliches Personal sind 14 Millionen Euro von Land und Kommunen im Jahr 2025 und 36 Millionen Euro jährlich ab 2026 vorgesehen. Zudem sollen kleine Kitas, die nur eine Gruppe haben, Extra-Unterstützung erhalten. Bürokratieabbau und die Reduzierung von Standards würden Kosten einsparen, so Touré. Das Motto laute: „Weniger Kontrolle, mehr Vertrauen.“

„Die Kita-Beiträge werden nicht weiter gesenkt, das Versprechen halten Sie nicht ein“, entgegnete Christian Dirschauer (SSW) der

Ministerin. Zudem müsse auch eine Lösung für die mehr als 15.000 fehlenden Krippen- und Kitaplätze gefunden und mehr für die Inklusion von Kindern mit Beeinträchtigungen getan werden. Serpil Midyatli (SPD) bemängelte, dass die bestehenden Mindeststandards unter dem Deckmantel der Flexibilisierung weiter unterschritten werden sollten: „Ich nenne das Sozialabbau nach Kassenlage.“

Tobias Koch (CDU) stellte fest, die Finanzierungslücke von 120 Millionen Euro sei eine erschreckende Erkenntnis gewesen. Er machte die Verantwortung bei allen Partnern der ehemaligen Jamaika-Koalition aus, die das aktuelle System 2021 auf den Weg gebracht hatten. Catharina Nies (Grüne) sprach von einem „guten Paket“, das ein „stabiles Kitasystem“ ermögliche. Der ehemalige Sozialminister Heiner Garg (FDP) begrüßte, dass es keine Beitragserhöhung für die Eltern geben soll und das Kita-System flexibler gestaltet werde. Im September soll die gesamte Reform dem Landtag vorliegen, die zweite Lesung des Gesetzes folgt voraussichtlich im November.



© dpa/Frank Molter

Am Tag der Kita-Debatte demonstrierten Sozialverbände vor dem Landeshaus für eine auskömmliche Finanzierung ihrer Einrichtungen.

## Weiter kein Tarifvertrag für „Hiwis“

Sie halten Tutorien für jüngere Kommilitonen ab, bereiten Experimente vor, pflegen Datenbanken oder sichten Fachliteratur: Studentische Hilfskräfte leisten wertvolle Basisarbeit an den Hochschulen. Aber ihre Bezahlung ist in der Regel niedrig, und sie haben weniger Rechte als reguläre Beschäftigte – und auch keinen Tarifvertrag. Die SPD rief im Mai die Landesregierung auf, für Schleswig-Holstein einen eigenen Tarif, einen „TV Stud“, auszuhandeln. Bei den jüngsten Gesprächen zwischen der Tarifgemeinschaft der Bundesländer (TdL) und der Gewerkschaft Ver.di hatte es keine Einigung bei diesem Punkt gegeben.

Die Hilfswissenschaftler („Hiwis“) seien „essentiell“ für den Hochschulbetrieb, sagte

Sophia Schiebe (SPD). Aber die Rahmenbedingungen seien verbesserungswürdig: „Kettenverträge, Arbeiten trotz Krankheit, unbezahlte Überstunden sind nicht selten die Realität unserer studentischen Beschäftigten.“ Konkret geht es den Sozialdemokraten um eine Mindestlaufzeit der Arbeitsverträge von zwei Semestern, eine Integration in die Personalvertretungen, eine feste Zahl an Urlaubstagen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie eine Bezahlung oberhalb des gesetzlichen Mindestlohns. Im Sommer 2023 lagen die Stundenlöhne der studentischen Beschäftigten im Lande nach Angaben der Landesregierung zwischen 12,00 Euro (Muthesius-Kunsthochschule Kiel) und 14,00 Euro (Europa-Universität Flensburg). Der

SSW unterstützte den Plan, die FDP zeigte sich offen, sah aber Probleme bei der Finanzierung.

Wünschenswert, aber zurzeit nicht zu realisieren – so lautete die Einschätzung der Koalition. Schleswig-Holstein sei zwar dafür, aber in der TdL gebe es momentan keine Mehrheit für das Vorhaben. Ein Ausscheren des Landes würde zu „Wettbewerbsnachteilen“ und einem höheren Verwaltungsaufwand führen, so Wiebke Zweig (CDU). Die TdL habe klargemacht, dass „Alleingänge nicht gewollt sind“, sagte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Dem Land drohe womöglich der Verlust des Stimmrechts. Der Bildungsausschuss berät das Thema weiter.

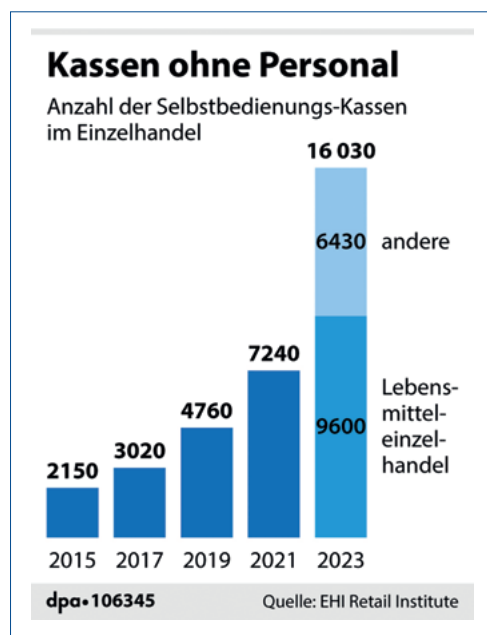
# Sonntagsöffnung für automatisierte Supermärkte?

In einigen Orten im Lande gibt es sie schon: automatisierte Supermärkte, die ohne Verkaufspersonal auskommen. Kunden registrieren sich per Handy oder Bezahlkarte, nehmen Waren aus dem Regal und bezahlen digital. Diese Märkte müssen nach Auffassung der FDP auch am Sonntag offenstehen, denn kein Arbeitnehmer müsse in einem vollautomatischen Markt hinter der Kasse sitzen. Die grundgesetzlich geschützte Ruhe am siebten Wochentag sei damit gegeben.

Die Liberalen wollen das Ladenöffnungsgesetz entsprechend ändern, auch um derzeitige rechtliche Unklarheiten zu umschiffen. Er sei „der festen Überzeugung“, so Bernd Buchholz (FDP) im Mai-Plenum, „dass es mit der Feiertagsruhe absolut vereinbar ist, wenn zumindest die Gegenstände des täglichen Bedarfs in einem vollautomatisierten Geschäft gekauft werden dürfen“. Lasse Petersdotter (Grüne) stimmte mit Blick auf die Sonntagsruhe zu: „Automaten gehen nicht in die Kirche.“ Kianusch Stender (SPD) bezeichnete die Automatenmärkte gerade für den ländlichen Raum als „echten Gewinn“.

Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) wies hingegen darauf hin, dass nicht nur der arbeitsfreie Sonntag, sondern auch die „Sonntagsruhe“ grundgesetzlich geschützt sei – und die „könnte selbst bei vollautomatisierten Supermärkten gefährdet sein, weil es dort nämlich Kundenverkehr geben wird“. Sein Ministerium werde einen eigenen Entwurf vorlegen, kündigte Ruhe Madsen an.

Sybilla Nitsch (SSW) wies darauf hin, dass die Märkte möglicherweise auch am Sonntag „befüllt, gewartet und gereinigt“ werden müssten, und Lukas Kilian (CDU) pochte auf einen „breiten gesellschaftlichen Konsens“ mit Gewerkschaften und Kirchen. Der Wirtschaftsausschuss behandelt das Thema weiter und holt Stellungnahmen von Betroffenen und Verbänden ein.



Seit Jahren ein deutschlandweiter Trend: Bezahlen an der Selbstbedienungskasse. Inzwischen gibt es ganze Märkte, die ohne Personal auskommen. Die ersten dieser automatisierten Läden in Schleswig-Holstein stehen in Hemmingstedt (Kreis Dithmarschen), Brekendorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), Glasau (Kreis Segeberg), Gülzow (Kreis Herzogtum Lauenburg) und Mohrkirch (Kreis Schleswig-Flensburg). Weitere sieben sind in Planung.

## Wohnraum: Kommunen können gegen Verwahrlosung vorgehen

Die Landespolitik will Misstände am Wohnungsmarkt per Gesetz bekämpfen. Das Wohnraumschutzgesetz, das der Landtag Ende Mai beschlossen hat, gibt Mindeststandards vor und beschränkt die Nutzung von Wohnungen als Ferienunterkünfte. CDU, Grüne, SPD und SSW stimmten dem Entwurf der Landesregierung zu, die FDP war dagegen.

Die Kernpunkte: Heizungen und sanitäre Anlagen müssen funktionieren, ebenso technische Anlagen wie Aufzüge oder Klingeln. Wohnungen müssen trocken sein, und genügend Tageslicht muss einfallen können. Die Kommunen erhalten Auskunfts- und Betretungsrechte. Sie können Eigentümer zu einer Wiederherrichtung verpflichten, Bußgelder verhängen und schlimmstenfalls Räume für unbewohnbar erklären. Ebenso können Gemeinden ein Zweckentfremdungsverbot

erlassen und die Nutzung als Ferienwohnung verbieten, wenn ein Eigentümer seine Zweitwohnung mehr als zwölf Wochen im Jahr vermietet.

Das Gesetz, so Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU), erweitere „den Instrumentenkasten der Städte und Kommunen“ und gebe ihnen die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, wann ein Eingreifen nötig sei. „Das ist ein scharfes Schwert“, urteilte Lasse Petersdotter (Grüne). Michel Deckmann (CDU) sprach von einem „vernünftigen Kompromiss aus Schutz von Mieterinnen und Mietern und Eigentumsschutz.“ Das Gesetz schütze Mieter, so Jette Waldinger-Thiering (SSW), und es gebe Eigentümern und Kommunen Rechtssicherheit. Bernd Buchholz (FDP) hielt die Vorgaben hingegen für überflüssig. Es hätten auch vorher alle Mittel bereitgestanden, um gegen

Verwahrlosung vorzugehen, etwa mittels der Bauleitplanung. Die Einschränkungen bei Ferienwohnungen bezeichnete er als „einen Eingriff ins Eigentum, wie er nicht gerechtfertigt ist“.

### SPD unterstützt Bundespläne zur „Wohngemeinnützigkeit“

Thomas Hölck (SPD) sprach von einem „deutlichen Signal an Vermieter, die ihre Wohnungsbestände herunterwirtschaften“. Seine Fraktion habe bereits im Juni 2022 einen ähnlich lautenden Gesetzentwurf vorgelegt. Die SPD forderte zudem steuerliche Vorteile und Investitionszulagen für Wohnunternehmen, die sich verpflichten, dauerhaft preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Sozialdemokraten stellten sich damit hinter entsprechende Pläne der Bundesregierung zur „Wohngemeinnützigkeit“.

# Partydroge Lachgas: Landtag will Verkauf an Jugendliche verbieten

Lachgas, aus einem Luftballon inhaliert, ist zu einer beliebten aber gefährlichen Partydroge avanciert. Der Landtag machte Ende Juni fraktionsübergreifend auf die Gesundheitsgefahren aufmerksam und forderte ein bundesweites Verkaufsverbot an Minderjährige sowie eine Aufklärungskampagne.

Der Schritt sei „längst überfällig“, sagte Jasper Balke (Grüne). Ansonsten werde sich die Droge stetig weiterverbreiten. Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken (CDU) verwies auf eine Studie aus Frankfurt am Main, wonach die Zahl der 15- bis 18-Jährigen, die mindestens einmal Lachgas konsumiert haben, binnen zwei Jahren von sieben auf 17 Prozent gestiegen sei: „Es ist deutlich, dass wir hier ein Problem haben.“

„Anders als der Name vermittelt“, so Dagmar Hildebrand (CDU), „ist der Stoff keineswegs lustig oder harmlos, sondern kann bei regelmäßigem Konsum zu neurologischen und auch bleibenden Schäden führen“. Lachgas ist im Supermarkt, an Kiosken, in Automaten oder im Internet erhältlich. Es wirkt für kurze Zeit euphorisierend. Zu den Gesundheitsrisiken zählen Lungenprobleme, Ohnmacht,

Lähmungen, Hirnschäden und Herzbeschwerden. Zudem besteht die Gefahr einer psychischen Abhängigkeit.



In Niedersachsen sind Kartuschen mit Lachgas, teilweise mit süßem Aroma versetzt, in Automaten erhältlich.

Es gebe bereits eine entsprechende Initiative auf Bundesebene, merkte Birte Pauls (SPD) an. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) habe angekündigt, bald eine Regelung zu schaffen. Ein Verkaufsverbot sei richtig, jedoch nur ein „kleiner Baustein“, befand Heiner Garg (FDP). Genauso wichtig sei es, dass „junge Menschen altersgerecht und nicht mit erhobenem Zeigefinger darüber informiert werden, was sie sich und ihrem Körper eigentlich antun“. Christian Dirschauer (SSW) sah das genauso: „Dass Verbote allein nichts bringen, das wissen wir doch. Die Prävention, darauf kommt es an.“

Lachgas (Distickstoffmonoxid) wird in Sahnespendern oder als Narkosemittel in der Medizin verwendet. Während Verkauf und Konsum in Deutschland bisher nicht verboten sind, ist die Abgabe an Minderjährige in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden nicht gestattet.

## Schwarz-Grün lehnt Missbilligung von Minister Ruhe Madsen ab

**Scharfe Kritik an Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) aus der Opposition: Der Minister habe einen einstimmigen Landtagsbeschluss zum Fachkräftemangel im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) aus dem Jahr 2023 ignoriert. Die SPD rief deswegen das Parlament Ende Juni auf, die „unterlassene Umsetzung“ des Beschlusses zu missbilligen. FDP und SSW sahen das ähnlich, Schwarz-Grün lehnte dies jedoch ab.**

Der Vorgang: Im Vorjahr hatte der Landtag auf Initiative von CDU und Grünen das Ministerium aufgefordert, ein Konzept zur Aus- und Fortbildung von Bus- und Bahnpersonal zu entwickeln. Außerdem sollte das Ministerium Vorschläge erarbeiten, „um die Tätigkeit des Bus- oder Bahnpersonals familienfreundlicher zu gestalten und die Kinderbetreuung zu verbessern“. Beides sei aber nicht geschehen,

moniert die SPD. Das gehe aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Sozialdemokraten hervor. Dort erklärt das Verkehrsministerium, dass ein Aus- und Fortbildungskonzept „weder erfolgversprechend noch zielführend“ sei. Zum Punkt Familienfreundlichkeit heißt es: „Vorschläge, die sich konkret auf die Kinderbetreuung des Bus- und Bahnpersonal beziehen, wurden seitens des Landes nicht erarbeitet.“

„Das nenne ich Arbeitsverweigerung“, sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli in der Plenarsitzung und machte eine „Mischung aus Dreistigkeit, Faulheit und Arroganz“ aus. Die Beschlüsse des Landtages seien „nicht trivial“, und die Regierung habe sich laut Landesverfassung daran zu halten. „Ich und die Mitarbeiter meines Hauses sind keine Arbeitsverweigerer“, erwiderte Ruhe Madsen. Er gestand ein, dass die Antwort auf die Kleine

Anfrage „zu knapp und zu schroff“ ausgefallen sei: „Dafür entschuldige ich mich.“ Er werde den Auftrag des Landtages „selbstverständliche abarbeiten“ und ein „Gesamtkonzept“ zum Fachkräftemangel im ÖPNV vorlegen.



In der Kritik: Wirtschafts- und Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU)

# Prävention: gesund leben, seltener krank sein

Ärzte und Kranken-Häuser helfen wenn Menschen krank sind. Aber es ist viel besser wenn Menschen gar nicht erst krank werden. Wenn sie gesund leben und Gefahren vermeiden. Zum Beispiel wenn sie nicht rauchen, keine Drogen nehmen und keinen Alkohol trinken. Wenn das klappt dann nennt man das **Prävention**. Die Abgeordneten im Landtag halten Prävention für sehr wichtig. Denn die Menschen führen ein besseres Leben wenn sie gesund sind. Und es muss nicht so viel Geld für Behandlungen und Medizin ausgegeben werden.

Kerstin von der Decken ist die Gesundheits-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie sagt: Viele Menschen haben seit der Corona-Pandemie **psychische Probleme**. Viele Kinder und Jugendliche haben es schwer wenn ihre Eltern psychisch krank sind.

Christian Dirschauer ist vom SSW. Er sagt: Die Hälfte aller Krebs-Erkrankungen kann verhindert werden. Nämlich dann wenn die Menschen gesund leben.

Werner Kalinka ist von der CDU. Er sagt: Zu wenig Bewegung und schlechte Ernährung sind ein großes Problem. Denn das führt zu Krankheiten wie Herz-Infarkt, Schlag-Anfall oder **Diabetes**.

Jasper Balke ist von den Grünen. Er sagt: Arme Menschen sind öfter krank als reiche. Denn sie haben oft kein Geld für gesundes Essen. Und sie wissen oft auch nicht wie wichtig gesundes Essen ist.

Birte Pauls ist von der SPD. Sie sagt: Viele Menschen werden bei der Arbeit krank. Weil sie hart arbeiten müssen und dabei viel Stress haben. Das gilt vor allem für Pflege-Kräfte.

Heiner Garg ist von der FDP. Er sagt: Es gibt viele Möglichkeiten für Prävention. Zum Beispiel auch Impfungen, Rauch-Verbote oder Vorsorge-Untersuchungen.



Christian Dirschauer vom SSW



Werner Kalinka von der CDU

## Erklärungen

**Prävention:** Das Wort kommt aus der Sprache Latein. Es bedeutet: Verhindern dass etwas Schlimmes passiert. Zum Beispiel gesund leben und damit verhindern dass man krank wird.

**Psychische Probleme:** Viele Menschen haben oft Angst oder sind traurig. Das kann daran liegen dass ihre Psyche krank ist. Das Wort kommt aus der Sprache Griechisch. Es bedeutet: die Seele eines Menschen.

**Diabetes:** Menschen mit der Krankheit Diabetes haben zu viel Zucker im Blut. Das kann zu Herz-Problemen führen.



Sport und Bewegung helfen gesund zu bleiben.

Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?  
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

## Neue Richtlinie regelt „Reerdigung“

In Schleswig-Holstein sind seit Ende März alternative Formen der Bestattung möglich, die aktuell nicht im Bestattungsgesetz berücksichtigt sind. Das sieht eine Richtlinie des Justizministeriums vor. Die „Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften des Bestattungsgesetzes“ zielt insbesondere auf die sogenannte „Reerdigung“. Zuvor hatte sich der Innen- und Rechtsausschuss intensiv mit dem Thema befasst und grünes Licht für die Neuerung gegeben.

Bei dem Verfahren, das ein Berliner Unternehmen entwickelt hat, wird der Körper eines verstorbenen Menschen in einem geschlossenen Kokon auf ein pflanzliches Substrat aus Heu, Stroh und Grünschnitt gebettet. Körper eigene Mikroorganismen zersetzen den Leichnam innerhalb von 40 Tagen, deutlich schneller als üblich, zu Humus. Nach der neuen Richtlinie muss die Beisetzung weiterhin auf einem Friedhof erfolgen.

„Die Zulassung von Ausnahmen von dem Bestattungsgesetz soll es ermöglichen, neue Bestattungsarten unter Absicherung durch eine wissenschaftliche Begleitung und unter Beachtung der geltenden rechtlichen Vorgaben zu erproben und so Erkenntnisse zu sammeln, die gegebenenfalls dann die Grundlage für eine rechtssichere gesetzliche Ausgestaltung schaffen können“, heißt es in der Richtlinie. Ziel sei es, „die gesellschaftliche Entwicklung

und den Wunsch nach Modernisierung auch im Bestattungsgesetz zu verankern“. Die Grünen-Abgeordnete Eka von Kalben begrüßte die neue Regelung: „Es ist gut, wenn Menschen die Wahl haben, wie sie nach dem Tod gebettet werden möchten.“ Nach Angaben des Berliner Unternehmens wurden im Lande seit 2022 bis Anfang Mai dieses Jahres zehn Menschen auf diese Weise bestattet.

### Bestattung ohne Sarg und Urne wird möglich

Parallel hat das Justizministerium dem Landtag eine Reihe von Ergänzungen zum Bestattungsgesetz vorgelegt. Demnach soll es künftig

möglich sein, die Asche eines Verstorbenen auf einer festgelegten Fläche des Friedhofs zu begraben oder zu verstreuen. Auch die in anderen Kulturen übliche sarglose Beerdigung wird erlaubt. Daneben enthält der Gesetzentwurf, der nach der Ersten Lesung Ende Mai im Innen- und Rechtsausschuss beraten wird, Präzisierungen zu Seebestattungen: Diese dürfen nur von Bestattungsunternehmen, von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, von Fischereibetrieben und von Booten des öffentlichen Dienstes aus vorgenommen werden. Eine weitere Neuerung ist das Verbot für Grabsteine, die mithilfe „ausbeuterischer Kinderarbeit“ geschaffen wurden.



Heu, Stroh und Blumen sowie eine Holzfigur in einem Kokon verdeutlichen das Prinzip der „Reerdigung“. Die Anlage steht auf dem Kieler Eichhof.

## Land steigt um auf Open-Source-Software

Nach einer Gesetzesänderung wechselt die schleswig-holsteinische Landesverwaltung den IT-Anbieter. Anstatt der Produkte des amerikanischen Microsoft-Konzerns werden rund 30.000 Beschäftigte ab September 2025 sogenannte Open-Source-Software verwenden – also Programme, deren Quellcode kostenlos zur Verfügung steht. Im kommenden Jahr laufen die aktuellen Microsoft-Lizenzen aus.

Linux soll danach Windows als Betriebssystem ersetzen, von den Microsoft-Office-Produkten wechselt das Land zu LibreOffice, und Thunderbird verdrängt Outlook als Mail-Programm. Diesen Schritt hat das Kabinett Anfang April beschlossen. Digitalminister Dirk Schrödter (CDU) sprach von einem „Meilenstein“, der die „digitale Souveränität“ der Verwaltung sicherstelle. Ansonsten hätte bei der Speiche-

rung sensibler Daten in Internet-Clouds oder auf ausländischen Servern ein „Datenabfluss in Drittländer“ gedroht, so Schrödter.

Im Februar 2022 hatte der Landtag mit den Stimmen der damaligen Jamaika-Koalition bei Enthaltung von SPD, SSW und AfD ein „Digitalisierungsgesetz“ beschlossen und damit die Grundlage für den Anbieterwechsel gelegt.

## Bund beteiligt sich an Sturmflut-Hilfe

**N**ach der schweren Ostsee-Sturmflut vom Oktober 2023 hatte das Land ein Sondervermögen aufgelegt und Hilfe aus Berlin angemahnt. Ende April kamen positive Signale aus der Bundesregierung.

Der Bund will die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bei der Reparatur der Flutschäden unterstützen. Mit bis zu 50 Millionen Euro in den Jahren 2024 und 2025 könne sich der Bundeshaushalt beteiligen, sagte eine Sprecherin des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Die Bundesregierung habe den Ländern angeboten, nicht abgerufene Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zur Verfügung zu stellen. Für die Sicherheit von Küsten und Deichen ist in Schleswig-Holstein der Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN.SH) zuständig. Der Bund unterstützt die Länder bei den Kosten über die GAK. Für das Haushaltsjahr 2024 hat das schleswig-holsteinische Umweltministerium nach Angaben einer Sprecherin beim Bund einen zusätzlichen Bedarf an GAK-Mitteln in Höhe von 28 Millionen Euro angemeldet.

In einer Sondersitzung des Landtages wenige Tage nach der Flutkatastrophe hatten Parlament und Regierung die Hilfe aus Berlin eingefordert. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) verwies darauf, dass der Küstenschutz „eine grundgesetzlich verbriefte gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern“ sei. Er erwarte, dass der Bund die Hälfte der nun zusätzlich entstandenen Kosten übernehme. Das habe er in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zum Ausdruck gebracht. Auch der damalige SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller betonte: „Der Bund muss sich an den Kosten der Folgen der



Die Folgen der Sturmflut im Herbst 2023: eine unterspülte Promenade und ein lädiertes Strandkiosk in Kiel-Schilksee

Sturmflut beteiligen.“ Deshalb unterstütze er den Appell der Landesregierung an den Kanzler, so Losse-Müller. Losse-Müllers Nachfolgerin Serpil Midyatli begrüßte Ende April die finanzielle Unterstützung des Bundes und rief die Landesregierung auf, diese Mittel „zielgenau“ einzusetzen und den Küstenschutz „wetterfest auszugestalten“.

### Kommunale Anträge bis 30. Oktober

Im vergangenen Dezember hatte der Landtag zudem einstimmig einen 200 Millionen Euro schweren „Wiederaufbaufonds Flutkatastrophe 2023“ aufgelegt. Bei der touristischen und kommunalen Infrastruktur schätzt das Innenministerium die Schäden auf 140 Millionen Euro. Seit Ende April und bis zum 30. Oktober können betroffene

Kommunen auf der Website der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB SH) ihre Hilfsanträge einreichen. Die Förderquote für die Reparaturmaßnahmen liegt in der Regel bei 75 Prozent.

Im Bereich des Küstenschutzes belaufen sich die Schäden laut Landesregierung auf 40 Millionen Euro und bei den Einrichtungen der Daseinsvorsorge auf 20 Millionen. Vom 19. bis 21. Oktober 2023 stieg das Wasser an mehreren Orten entlang der Ostseeküste um mehr als zwei Meter über den mittleren Wasserstand. Deiche und Hafenanlagen wurden beschädigt, Häuser, Campingplätze und Hotels verwüstet. Zudem sanken hunderte Boote oder wurden beschädigt. Versicherer schätzen den Gesamtschaden in diesem Bereich auf zusätzlich 30 Millionen Euro.

## Pilotprojekt: Kameras in Schlachthöfen

Nach Medienberichten über massive Verstöße gegen Tierschutzaufgaben und das Lebensmittelrecht in einem Schlachtbetrieb in Flintbek (Kreis Rendsburg-Eckernförde) hatten Abgeordnete aller Fraktionen im September 2022 strengere Kontrollen angemahnt. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat daraufhin im März 2023 ein einjähriges

Pilotprojekt für eine Videoüberwachung der vier Schlachtbetriebe im Kreisgebiet gestartet. Betäubung und Tötung der Tiere wurden rund um die Uhr per Kamera verfolgt, Veterinäre sichteten die Schlachtungen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Straußen stichprobenartig. Dies stelle „eine sinnvolle Ergänzung der amtlichen Kontrolle dar“, heißt

es nun in einem Bericht des Kreises, den der Landtag im Mai an den Wirtschaftsausschuss überwiesen hat. Auch das Landwirtschaftsministerium sprach von einem „gelungenen Beispiel für einen Einsatz im Sinne des Tierschutzes auf freiwilliger Basis“. Das Pilotprojekt soll für ein weiteres Jahr fortgeführt werden.

# Geld, Gebäude und Personal für die Ganztagsgrundschule

**Die Ganztagsgrundschule kommt, das neue Angebot beginnt mit den Erstklässlern des Schuljahrs 2026/27. Die Schulen sollen dann fünf Tage in der Woche für acht Stunden geöffnet sein und maximal vier Wochen im Jahr geschlossen bleiben. Dies sei eine große Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit, hieß es Ende April in einem Fachgespräch des Bildungsausschusses.**

Allerdings müsse eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein, betonten die rund 25 Fachleute: genug Geld, passende Räume, ausreichend geschultes Personal und eine Einbindung von außerschulischen Partnern wie Sportvereinen, Volkshochschulen, und Kultureinrichtungen. „Der Ganztagsunterricht kann viel mehr sein als Hausaufgabenbetreuung und Mittagessen“, sagte Ricardo Grams von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Noch fehle aber ein Konzept für eine Schule, „die den ganzen Tag Lebensraum für die Kinder ist“, monierte Annette Jess vom Verband Bildung und Erziehung.

„Die Landesregierung hat einen festen Fahrplan“, betonte der CDU-Abgeordnete Martin Balasus. „Eckpunkte mit Qualitätsstandards“ würden bis Ende des Jahres vorliegen. Die Regierung lasse sich zu viel Zeit, entgegnete Christopher Vogt (FDP). Das Konzept „müsste eigentlich vor den baulichen Maßnahmen kommen und nicht danach“. Das sah Martin Habersaat (SPD) ähnlich: „Man stochert im Nebel, und die Regierung lässt viele Fragen offen.“ „Andere Räumlichkeiten für einen Ganztagsunterricht, der mehr als Betreuung sein soll“, forderte Kerstin Quellmann von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. In einem Klassenraum könne es beispielsweise kein Spielangebot und keine Erholungsphase geben.

„Die fiskalischen Rahmenbedingungen sind entscheidend“, so Marc Ziertmann vom Städteverband. Wenn das Land ein derartiges „Leistungsversprechen“ abgebe, müsse es auch das Geld dafür bereitstellen. Das Land will 85 Prozent der anfallenden Kosten übernehmen, 196 Millionen Euro sollen zu dem Zweck zur Verfügung stehen.

Offen ist bislang, wo das Personal für die Extrastunden herkommen soll. Sybilla Nitsch (SSW) mahnte eine konkretere Planung an, „erfordert doch der schulische Ganztagsunterricht noch mehr pädagogisches Personal, an dem es schon heute vielerorts mangelt“. Außerschulische Partner könnten einspringen, so Thomas Niggemann vom Landessportverband. Die Zusammenarbeit müsse aber „auf Augenhöhe“ ablaufen. Häufig agierten Lehrkräfte nach dem Motto: „Jetzt machen wir richtigen Unterricht, und nachher kommen die Spaßvögel vom Sportverein.“ Annette Berchthold vom Landesverband der Musikschulen wies darauf hin, dass „nur angestelltes Personal“ die pädagogische Arbeit übernehmen dürfe. Aktuell würden Künstler teils als Honorarkräfte beschäftigt – das seien „halblegale Verhältnisse“. Uta Röpcke (Grüne) forderte „einen verlässlichen Prozess“, der Schulen, Schulträger, Jugendhilfe, kulturelle Bildung und Sport einbezieht.

## Rechtschreibung: Fehlerquotient fällt weg – mahnende Stimmen im Ausschuss

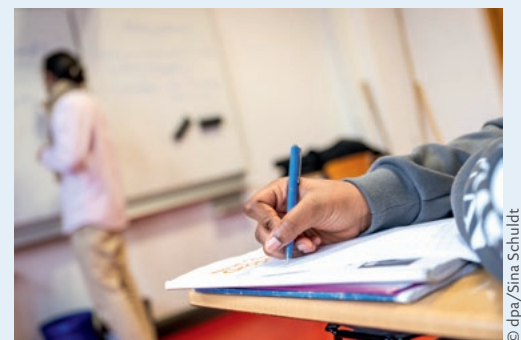
**Schleswig-Holstein wird den Fehlerquotienten in der Rechtschreibung zum kommenden Schuljahr abschaffen. Der Quotient gibt die Zahl der Rechtschreibfehler im Verhältnis zur Anzahl der Wörter in einem Aufsatz an – und kann sich negativ auf die Gesamtnote auswirken. Stattdessen bekommen Schüler künftig eine Rückmeldung über ihre Rechtschreibschwächen. Nach bundesweiten kritischen Stimmen verteidigte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Ende April im Bildungsausschuss den Schritt.**

„Unser Fehlerquotient entsprach schon lange nicht mehr dem Stand der Wissenschaft“, so die Ministerin. Neben Hessen war Schleswig-Holstein das einzige Land, das noch den Quotienten anwendete. Insofern habe man sich „am

Ende eines langen Verhandlungsprozesses“ der Mehrheit der Länder angeschlossen. Entscheidend sei die „Angleichung der Rahmenbedingungen beim Abitur“ gewesen. „Wir sind Jahr für Jahr das Bundesland mit den schlechtesten Abi-Noten“, so Prien, „und das liegt nicht an den Schülern, sondern daran, dass wir am strengsten bewerten“.

Martin Balasus (CDU) sprach von einem „notwendigen Erfordernis“, denn „Schleswig-Holstein sollte keinen Sonderweg gehen“. „Bei der Benotung nimmt die Bedeutung der Rechtschreibung ab“, stellte Christopher Vogt (FDP) fest und warnte vor dem Verlust eines „Kulturguts“. Auch Sybilla Nitsch (SSW) mahnte: „Es gibt Rückmeldungen aus Schulen und Hochschulen, dass die Rechtschreibkompetenz stark nachlässt.“

„Richtiges Schreiben bleibt eine der zentralen Kompetenzen, die die Schule vermitteln muss“, erwiderte Ministerin Prien. Der Fokus liege auf der Grundschule. So werde es ab dem nächsten Schuljahr einen verpflichtenden Grundwortschatz von 800 Wörtern, mehr Unterricht in Deutsch und Mathe und mehr Lehrerfortbildung geben.



© dpa/Sina Schuldt



## Was tun gegen Kinderarmut?

# Debatte über Grundsicherung und Gratis-Angebote

Jedes fünfte Kind in Schleswig-Holstein gilt als arm oder armutsgefährdet. Das geht aus einem Bericht des Sozialministeriums hervor (s. Kasten). Die Folgen können gravierend sein: Die körperliche und seelische Gesundheit leidet, betroffene Kinder sind gesellschaftlich isoliert, und es drohen schlechtere Bildungs- und Berufschancen. Der Sozialausschuss diskutierte Anfang Mai einen Tag lang mit Fachleuten über Gegenmaßnahmen. Die Empfehlungen reichten von einer kostenlosen Kita bis zu einer effektiveren Vernetzung der verschiedenen staatlichen Hilfsangebote.

Es gebe zwar eine „Vielzahl von Sozialleistungen, die alle zum Ziel haben, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern“, stellte die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, fest. Die Leistungen seien aber auf mehrere Träger verteilt, und viele Betroffene seien „mit dem bürokratischen Aufwand überfordert“. El Samadoni rief dazu auf, die Abläufe zu vereinfachen. Ein einziger Antrag, „der die Prüfung aller Leistungen umfasst“, müsse ausreichen.

Das strebt die Bundesregierung mit der Kindergrundsicherung an: Kindergeld, Bürgergeld, Kinderzuschlag und weitere Hilfen sollen gebündelt werden. „Das mag gut gemeint sein, wird aber der Lebensrealität vieler Menschen nicht gerecht“, monierte Johannes Reimann vom Landkreistag. Die Grundsicherung schaffe „keine Mehrleistung für Familien mit Kindern“, sondern „nur eine weitere Behördenstruktur“. Anette Stein von der Bertelsmann-Stiftung beurteilte die Sache anders: Zunächst seien hohe Kosten zu erwarten, aber auf lange Sicht würden sich die Investitionen auszahlen,

wenn mehr Kinder und Jugendliche fit fürs Erwerbsleben gemacht werden. Auch die Grünen-Abgeordnete Nelly Waldeck hielt es für „wichtig, dass die Kindergrundsicherung nun endlich auf den Weg gebracht wird“. Die Bündelung sei ein erster wichtiger Reformschritt, „aber perspektivisch muss es eine Steigerung der Leistungen geben“.

### „Eltern den Schritt ins Erwerbsleben erleichtern“

Die konkreten Auswirkungen der Armut schilderte Susanne Günther vom Kinderschutzbund: „Uns berichten Kinder, dass sie nachts nicht einschlafen können, weil sie Hunger haben.“ Arme Kinder, so der Sozialwissenschaftler Prof. Kai Marquardsen von der Fachhochschule Kiel, wüchsen oft in Familien auf, „die unter erheblichem Stress ihren Alltag bewältigen müssen“. Das Erlebnis eines „nicht-gelingenden Alltags“ färbe sich wiederum auf den Nachwuchs ab. SSW und SPD, die die Debatte im Ausschuss angestoßen hatten, forderten mehr staatliche Unterstützung. „Wir brauchen einen kostenfreien Weg durchs Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule“, mahnte Christian Dirschauer (SSW). Dazu gehöre auch „die echte Lernmittelfreiheit und das elternunabhängige Bafög“. Ähnlich äußerte sich Sophia Schiebe (SPD): „Lernmittelfreiheit ist ein wichtiger Punkt zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut genauso wie ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder.“ Hinzu komme ein sicherer Platz in der Kita und der Ganztagschule.

Ein zentraler Faktor sei die Arbeitssituation der Eltern, betonte Laura Pooth vom Deutschen Gewerkschaftsbund. „Die Einkommensarmut der Eltern ist in der Regel die

Folge prekärer Beschäftigungsverhältnisse oder nicht-existenzsichernder Löhne.“ Einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt forderte auch Heiner Garg (FDP): Um der Kinderarmut effektiv zu begegnen, müssten die Jobchancen der Eltern erhöht werden – ihnen müsse der Weg „raus aus der Sozialleistung in die Erwerbstätigkeit“ geebnet werden. „Denn die Armut der Kinder ergibt sich aus der Armut der Eltern.“

i

### Die Lage im Lande

Laut einem Bericht des Sozialministeriums aus dem März waren 22,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Land im Jahr 2022 armutsgefährdet. Damit lag Schleswig-Holstein leicht über dem bundesweiten Wert von 21,8 Prozent. Deutlich überdurchschnittlich war das Armutsrisiko bei Kindern von gering qualifizierten (53,4 Prozent) oder erwerbslosen Eltern (72,8 Prozent), von Alleinerziehenden (40 Prozent) oder in Familien mit drei oder mehr Kindern (37,6 Prozent). Ein hohes Armutsrisiko tragen auch Minderjährige mit Migrationshintergrund (40,5 Prozent). Kinder aus Paarhaushalten, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind und mindestens ein Elternteil in Vollzeit arbeitet, sind dagegen nur zu 5,9 Prozent armutsgefährdet. Als arm gelten Personen, deren verfügbares Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt. Eine Alleinerziehende mit einem Kind unter 14 Jahren gilt als arm, wenn sie weniger als 1.542 Euro monatlich zur Verfügung hat.

# Diskussion um Northvolt-Projektbüro

**Ein Projektbüro vor Ort soll die Ansiedlung der Northvolt-Batteriefabrik in Dithmarschen steuern und sich auch um die Auswirkungen auf Infrastruktur und Wohnbedarf kümmern. Es sind aber noch viele Fragen offen. Das wurde Anfang Juni im Wirtschaftsausschuss deutlich. So blieb unklar, wann das Büro seine Arbeit aufnimmt und wie die Finanzierung gestaltet wird.**

Darüber sei er „entsetzt“, so Bernd Buchholz (FDP). Das Engagement der Menschen an der Westküste sei zwar „beeindruckend groß“, es fehle jedoch „professionelle Unterstützung“. Auch Sybilla Nitsch (SSW) bemängelte eine schleppende Umsetzung: „Die Kommunikation zwischen Region und Land scheint nicht gut gewesen zu sein.“ Kianusch Stender (SPD) monierte, dass im aktuellen Haushalt

keine Mittel für diesen Zweck vorgesehen seien. Es sei nicht einmal klar, wie viel Geld benötigt werde.

„Dass wir untätig sind, kann man wirklich nicht sagen“, entgegnete Wirtschaftsstaatssekretärin Julia Carstens. Nachdem in der Region ein konkretes Konzept erarbeitet worden sei, könnten die Details benannt und die Beratungen fortgeführt werden. Auch die Finanzierung sei gesichert, so die Staatssekretärin. Die entsprechenden Summen würden durch Umschichtungen im Etat des Finanzministeriums bereitgestellt. Lukas Kilian (CDU) kritisierte das „arrogante Auftreten der Opposition“ und verwies auf das „riesige“ Engagement des Landes und des Kreises für Northvolt. Der schwedische Batteriehersteller will nahe Heide Akkus für E-Autos bauen. Die Produktion soll 2026 anlaufen. 3.000 Arbeitsplätze sollen entstehen.

## AKW Brokdorf: Betreiber und Atomaufsicht streiten über Rückbau

**Wie steht es um den Rückbau des 2021 stillgelegten Atomkraftwerks Brokdorf? Im Umwelt- und Agrarausschuss kamen zwei höchst unterschiedliche Sichtweisen zur Sprache. Mitte Mai warfen Vertreter der Betreiberfirma Preussen Elektra der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht vor, seit Jahren die nötige Rückbaugenehmigung zu verschleppen. Umweltminister Tobias Goldschmidt (Grüne) und Experten aus seinem Ministerium wiesen dies Mitte Juni entschieden zurück. Der Ausschuss will Anfang September beide Seiten einladen, um die Vorwürfe zu klären.**

Preussen Elektra habe den entsprechenden Antrag bereits vor sieben Jahren gestellt, so Tammo Kammrath, Leiter des AKW, in der Mai-Sitzung. Doch die Fachabteilung im Energiewendeministerium habe noch immer keine Entscheidung getroffen. Es falle schwer, „zu verstehen, warum die Dinge in Schleswig-Holstein so langwierig und so kompliziert sind“, sagte Guido Knott, Vorsitzender der Geschäftsführung von Preussen Elektra.

„Wir haben das Versprechen gegeben, dass wir für absolute Sicherheit sorgen“, betonte Minister Goldschmidt im Juni, denn von kerntechnischen Anlagen gehe „weiterhin eine hohe Gefahr für die Bevölkerung aus“. Das Land habe mit dem „Deponie-Plus-Konzept“ eigene Standards gesetzt, die über das Strahlenschutzrecht des Bundes hinausgingen. Der Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit im Ministerium, Andreas Wasielewski, widersprach der Darstellung, dass die Rückbaugenehmigung seit sieben Jahren auf sich warten lasse. Preussen Elektra habe 2017 lediglich ein erstes, siebenseitiges Schreiben übergeben, aber dies sei „noch kein Antrag“ gewesen. Das komplette Dokument mit „mindestens 1.000 Seiten detaillierter Angaben“ sei erst viel später eingegangen. Die endgültige Genehmigung sei im Juli zu erwarten.

Deutschland habe beim Betrieb seiner AKW stets hohe Standards gehabt, so Ulrike Täck (Grüne), „und diese Standards wollen wir auch beim Abbau beibehalten“. Sandra Redmann (SPD) kritisierte die Aussagen der Betreiber aus der Mai-Sitzung: „Uns wurde etwas vorgetragen, was nicht den Tatsachen entspricht.“ Der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Heiner Rickers, blickte auf die anstehenden Gespräche mit beiden Seiten im September: „Wir werden alles, was es an Vorwürfen und Entkräftungen gibt, nochmal in dieser Runde besprechen.“



Beim Rückbau des Atomkraftwerks Brokdorf geht es um 655.000 Tonnen Bausubstanz, von denen laut Betreiber und Atomaufsicht 0,7 Prozent radioaktiv sind. Die 764 Brennelemente sollen auf dem AKW-Gelände zwischengelagert werden, bevor sie in ein bundesweites Endlager überführt werden – für das es jedoch noch keinen Standort gibt.

## Viel Lob für Österreichs Finanzpolitik

**Die österreichische Finanz- und Rentenpolitik ist in vielen Bereichen fortschrittlich und kann als Vorbild für Deutschland und Schleswig-Holstein dienen. Mit diesem Fazit kehrte der Finanzausschuss Anfang Mai von einer dreitägigen Reise nach Wien zurück.**

So legt das Parlament als Haushaltsgesetzgeber in der Alpenrepublik konkrete Ausgabenziele fest und überprüft anhand messbarer Indikatoren, wie einzelne Maßnahmen wirken. Dieses Vorgehen überzeugte den Kieler Finanzausschuss ebenso wie das Projekt, dass Bauanträge komplett digital bearbeitet werden. Jeder Bürger kann seinen Antrag bereits vor der Antragstellung durch das System laufen lassen,

um Fehler von vornherein zu vermeiden. „Beeindruckt hat uns auch der Einsatz im sozialen Wohnungsbau“, so der Ausschussvorsitzende, der SSW-Abgeordnete Lars Harms. Mehr als die Hälfte der Wohnungen in Wien werden staatlich gefördert. „Erstaunt hat uns zudem, dass die Renten in Österreich früher ausgezahlt werden und höher sind als in Deutschland. Allerdings kann man erst nach 15 Beitragsjahren Leistungen erhalten.“

Harms bezeichnete es grundsätzlich als „wichtig, einmal außerhalb der normalen politischen Agenda Problemstellungen zu betrachten“. Das öffne den Horizont, zumal „wir parteiübergreifend eine Verantwortung für die Menschen im Land tragen“.



Der schleswig-holsteinische Finanzausschuss mit Mitgliedern des österreichischen Nationalrats im Wiener Parlamentsgebäude.

## Berlin im Fokus der Europapolitiker

**Die schleswig-holsteinische Landesvertretung sowie Bundestag und Bundesrat – das waren die Stationen einer Informationsreise nach Berlin, die der Europaausschuss Ende April unternommen hat.**

Die Reise habe gezeigt, dass es für die schleswig-holsteinische Europapolitik wichtig ist, sich auch in der Bundeshauptstadt zu vernetzen, so der Ausschussvorsitzende, der Grünen-Abgeordnete Malte Krüger: „Neben den Sitzungen in Brüssel sind auch Treffen und Gespräche in Berlin sinnvoll. Die gewonnenen Eindrücke und Kontakte können wir gewinnbringend für unsere Arbeit vor Ort in Schleswig-Holstein nutzen.“

Erstes Reiseziel in der Hauptstadt war die schleswig-holsteinische Landesvertretung, die von Staatssekretärin Sandra Gerken geleitet wird. „Wir haben einen Einblick in die breit gefächerte Aufgabenvielfalt erhalten“, so Krüger. „Wir Abgeordnete profitieren davon und werden das Angebot sicher in Zukunft noch intensiver nutzen.“ Im Bundestag trafen sich die Gäste aus Schleswig-Holstein mit ihren Kollegen des dortigen Europaausschusses. Anton Hofreiter (Grüne), Vorsitzender des Ausschusses, betonte die Bedeutung einer aktiven „Parlamentsdiplomatie“. Besonders in Krisenzeiten sei es wichtig, dass sich Abgeordnete vernetzen – zwischen Bundes- und Landesebene, aber auch international.

Mit der Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfen, der ehemaligen Landtagsabgeordneten Luise Amtsberg (Grüne), führten der Ausschuss einen Austausch über die Menschenrechtssituation in der Welt. Die schleswig-holsteinische Delegation sprach auch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik (SPD), über die Situation der Minderheiten in Deutschland und Europa. Pawlik hob die europäische Vorbildfunktion Schleswig-Holsteins beim Minderheitenschutz hervor. Zum Abschluss besuchten die Kieler Gäste die Plenarsitzung des Bundesrates.

## Sozialausschuss wirft Blick aufs dänische Gesundheitssystem

**Die Stadt Aarhus und die Gemeinde Skanderborg in Dänemark waren Ende April Ziel einer Informationsreise des Sozialausschusses.**

Die Fachpolitiker besuchten Krankenhäuser, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige sowie eine Kindertagesstätte und tauschten sich mit

Verantwortlichen vor Ort aus. „Der Blick nach Dänemark und in dänische Einrichtungen gibt uns wertvolle Denkanstöße, die in die Beratungen des Ausschusses einfließen werden“, bilanzierte die Vorsitzende, die CDU-Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann. Im Universitätshospital Aarhus, das als Maximalversorger für die gesamte Region Midtjylland fungiert, sprachen die Abgeord-

neten mit der Führungsebene des Klinikums. „Ein modernes Krankenhaus dieser Größe, das ein derart großes Gebiet versorgt, ist sehr interessant zu besichtigen“, so Rathje-Hoffmann, „auch wenn das dänische Gesundheitssystem durch seine andere Struktur nicht ohne Weiteres auf Deutschland oder Schleswig-Holstein übertragbar ist“.

# Meldungen für das Ehrenamt

© dpa/Rolf Vennenbernd



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

**Feuerwehrgerätehäuser:** Schärfere Sicherheitsauflagen und moderne Löschtechnik sorgen dafür, dass zahlreiche Feuerwehrgerätehäuser im Lande nicht mehr auf dem neuesten Stand sind – und deswegen umgerüstet oder neu gebaut werden müssen. Das kann für die Kommunen teuer werden. Ein Lösungsansatz: Das Land beschafft Vorlagen für ein „wiederverwendbares und modulares Planungssystem“. Der entsprechende Vorstoß von CDU und Grünen traf auch bei der Opposition auf Zuspruch.

Der Bau neuer Gerätehäuser wird billiger, so die Idee, wenn landesweit das gleiche Grundmodell errichtet wird. Planungskosten und Ausgaben für Architekten und Statiker könnten so gesenkt werden. Wiebke Zweig (CDU) sprach von „erheblichen Kostenvorteilen durch standardisierte Bauweisen“. Zudem biete das „modulare Bauen“ den Vorteil, dass die Gebäude bei Bedarf rasch erweitert werden könnten. Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass es in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern bereits „Muster-Gerätehäuser“ gebe, die Schleswig-Holstein übernehmen könne. Hintergrund des Vorstoßes sind neue DIN-Normen für Feuerwehrhäuser und gestiegene Anforderungen der Hanseatischen Feuer-Unfallkasse.

**Grundsteuer:** Für rund 1,3 Millionen Grundstücke im Lande wird ab dem 1. Januar 2025 die Grundsteuer neu bemessen. Dabei sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, unterschiedliche Hebesätze für Wohngrundstücke, für Gewerbe-Immobilien und für Wald- und Ackerflächen auszuschreiben. Das sieht ein Gesetzentwurf von CDU und Grünen vor, der im Juni an den Finanzausschuss überwiesen wurde.

Die Kommunen sollen demnach „zielgenau auf die individuellen Verhältnisse der Region reagieren“ können. Dort, wo neue Wohngebiete ausgewiesen werden, könnte so der Erwerb eines Hauses attraktiver gestaltet werden. Und in „strukturschwachen Gebieten“, wo

neue Gewerbegebiete geplant sind, könnten Industrie und Handwerk angelockt werden. Allerdings: Die Unterschiede zwischen den Hebesätzen dürfen laut dem Koalitionsentwurf „nicht unverhältnismäßig groß sein“. Sie müssen „nachvollziehbar“ begründet werden, und sie dürfen keine „erdrosselnde Wirkung“ haben.

Die Berechnung der Grundsteuer muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts neugestaltet werden. Bei der Bemessung dient im Lande der Bodenrichtwert als Grundlage, der in einem Turnus von sieben Jahren neu berechnet wird. Das Gesamtaufkommen der Grundsteuer soll in jeder Kommune gleich bleiben.

**Landesplanung:** Der Landtag hat Ende Mai einem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesplanungsgesetzes zugestimmt. Koalition, SPD und FDP stimmten zu, der SSW enthielt sich. Demnach werden Öffentlichkeitsbeteiligungen bei der Landesplanung weitgehend auf Onlineverfahren beschränkt. Auf die Auslegung von Papierunterlagen bei Kreisen und kreisfreien Städten wird verzichtet. Die Erfahrung habe gezeigt, so das Innenministerium, dass dieses Angebot kaum noch genutzt werde.

Nach entsprechenden Änderungen im Bundesrecht wurde zudem die Kann-Vorschrift bei Zielabweichungsverfahren in eine Soll-Vorschrift umgewandelt. Sind die Voraussetzungen erfüllt, soll einem Antrag einer Gemeinde auf Zielabweichung von Raumordnungsplänen stattgegeben werden. Außerdem wird der Kreis der Antragsberechtigten für eine Zielabweichung auf Privatpersonen erweitert. Aufgrund der zu erwartenden erhöhten Anzahl von Verfahren wird eine Kostenpflicht eingeführt.

Eine weitere Neuregelung betrifft die Windenergieplanung. Der Bund hat den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, zusätzlich Wind-

energiegebiete mit Hilfe von Zielabweichungsverfahren auszuweisen. Damit wäre nach Ansicht des Kieler Innenministeriums ein Windausbau über eine landesplanerische Steuerung in Schleswig-Holstein gefährdet. Um über eine Zielabweichung eigene gemeindliche Windenergiegebiete außerhalb der bestehenden Wind-Vorranggebiete auszuweisen, müssen die Gemeinden deswegen die Ziele beachten, die im neuen Landesentwicklungsplan Windenergie festgelegt sind. Gemeindliche Planungen werden dadurch mit den Regionalplänen Windenergie in Einklang gebracht. Auch eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden ist notwendig.

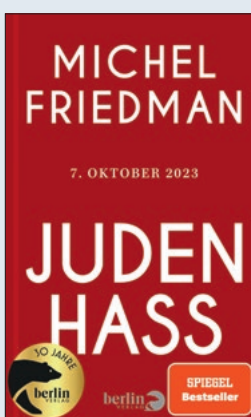
**Zentralörtliches System:** Mit einer Einstufung als „Zentraler Ort“ oder als „Stadtrandkern“ in der Raumplanung erhalten Gemeinden zusätzliche Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Die Landesregierung berichtet dem Landtag regelmäßig über Änderungen in der Liste der betroffenen Orte. Das aktuelle Papier wurde im Mai an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Demnach wurden die Gemeinden Großenwiehe (Kreis Schleswig-Flensburg), Rellingen (Kreis Pinneberg) und Wesselburen (Kreis Dithmarschen) hochgestuft. Die Wünsche von weiteren zwölf Gemeinden, ins Zentralörtliche System eingereiht beziehungsweise höhergestuft zu werden, wurden hingegen abgelehnt. Insgesamt fällt 132 Orten im Lande diese Funktion zu, dort leben 69,4 Prozent der Bevölkerung.

**Interne Meldestellen:** Gemeinden ab 10.000 Einwohnern, Kreise, Ämter und kommunale Unternehmen müssen interne Meldestellen einrichten, wo Mitarbeiter Verstöße gegen Landes-, Bundes und Europarecht melden können. Das sieht ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen vor, den der Landtag Ende Mai einstimmig beschlossen hat. Die Meldestellen sollen die Vorwürfe vertraulich behandeln und überprüfen. Der Landtag setzt damit Vorgaben der EU und des Bundes um.



## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



**Friedman, Michel: Judenhass: 7. Oktober 2023. – Berlin: Berlin Verlag, 2024. - 102 Seiten**

**Standort: LTB GKL5/FRIE**

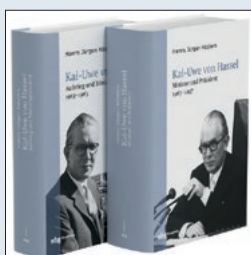
Spätestens nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigt sich, dass Antisemitismus von verschiedenen Seiten wieder zur traurigen Realität in Deutschland geworden ist. Michel Friedman beklagt in seinem Buch ein Versagen der Politik und eine Ignoranz der Gesellschaft, die dazu geführt hätten, dass Judenhass wieder gesellschaftsfähig geworden sei. Der renommierte Publizist beschreibt auch, wie verhindert werden kann, dass die Gewalt gegen Juden weiter um sich greift, damit Hass nicht das letzte Wort hat.



**Feldkamp, Michael F.: Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz. – München: Langen Müller, 2023. – 176 Seiten**

**Standort: LTB GHM3/FELD**

Die Unterzeichnung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 sind die beiden zentralen Ereignisse in der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Band beleuchtet die Entstehung der Verfassung im Parlamentarischen Rat und insbesondere die Rolle Konrad Adenauers in diesem Prozess. Als Präsident des Rates ist es ihm gelungen, die Ziele der deutschen demokratischen Parteien mit den Interessen der Alliierten und den weltpolitischen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Der Autor, der in Kiel geborene Historiker Michael F. Feldkamp, war lange Jahre in der Bundestagsverwaltung tätig.



**Küsters, Hanns Jürgen: Kai-Uwe von Hassel. – Darmstadt: wbg Academic, 2023. 2 Bände: Aufstieg und Ministerpräsident 1913-1963. – 699 S. Minister und Präsident 1963-1997. – 1100 S.**

**Standort beide Bände: LTB EMP80/KUES**

In dieser ausführlichen Biografie beschreibt der Zeithistoriker Hanns Jürgen Küsters das Leben eines politischen Urgesteins der Bundesrepublik. In Band 1 wird Kai-Uwe von Hassels Kindheit und Jugend in Afrika und im deutsch-dänischen Grenzland dargestellt, seine Kriegserfahrungen und sein Weg in die schleswig-holsteinische Politik bis zum Amt des Ministerpräsidenten. Band 2 beleuchtet die Arbeit als Bundesverteidigungsminister im Kalten Krieg und als Bundestagspräsident, der Parlamentsreformen in Gang setzt.

Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.

## JiL-Broschüre erschienen

Die Broschüre zur 36. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ (JiL) liegt jetzt vor. In der 400 Seiten starken Dokumentation sind alle Anträge und Beschlüsse der Jugendlichen aus dem vergangenen November sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der schleswig-holsteinischen Landesgruppen im Bundestag und der Landesministerien enthalten. Die 60 jungen Leute aus ganz Schleswig-Holstein hatten rund 50 Anträge verabschiedet. So fordern sie einen lebensnäheren Schulunterricht, einen Nationalpark Ostsee, ein Werbeverbot für ungesunde Lebensmittel und strengere Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung.

**Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden:**

**bestellungen@landtag.ltsh.de**

**Telefon: 0431 / 988-1639**

## Impressum

### Herausgeber:

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Pressestelle, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Frank Plathoff (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, [frank.plathoff@landtag.ltsh.de](mailto:frank.plathoff@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, [karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Niko Wasmund (stellv. Redakteur)

Tel. 0431/988-1358, [niko.wasmund@landtag.ltsh.de](mailto:niko.wasmund@landtag.ltsh.de)

Michael Neubauer (stellv. Redakteur)

Tel. 0431/988-1352, [michael.neubauer@landtag.ltsh.de](mailto:michael.neubauer@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Sönke Ehlers, Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Karsten Blaas, Detlef Ziep, Anna Gellner, Niko Wasmund, Michael Neubauer, Sophie Seidel, Ole Schmidt, Janine Wergin, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Langen-Müller-Verlag, Berlin-Verlag, wbg Academic-Verlag, Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Landesbeauftragter für politische Bildung, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Holger Stöhrmann, shutterstock/Arthimedes

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de)

### Gestaltung, Layout:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH  
Billstraße 103, 20539 Hamburg

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639, Fax 0431/988-1119, [bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Juni 2024

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

Lösung des Quiz auf Seite 17:

**ANPFF**

**Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?**

„Ein politischer Mensch war ich immer schon. Die Entscheidung, mich zur Kommunalwahl aufstellen zu lassen, kam, nachdem ich mich längere Zeit ehrenamtlich in einem Netzwerk zur Unterstützung von Geflüchteten engagiert hatte. Mich haben viele Dinge im Umgang von Kreis und Amt mit Geflüchteten geärgert, und ich wollte mehr Einfluss darauf haben. Durch die Arbeit in der Gemeindevertretung habe ich dann einen Eindruck davon bekommen, wie wichtig die kommunalpolitische Ebene für unsere Demokratie ist. Darum setze ich mich auch als Landtagsabgeordnete besonders für die Kommunalpolitik und die Menschen, die sie machen, ein.“

**Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?**

„'The Eight' von Katherine Neville. Es geht um Schach, starke Frauen und eine komplexe Geschichte mit historischen Bezügen. Perfekt zum Abschalten.“

**Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?**

„Banksy.“

**Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?**

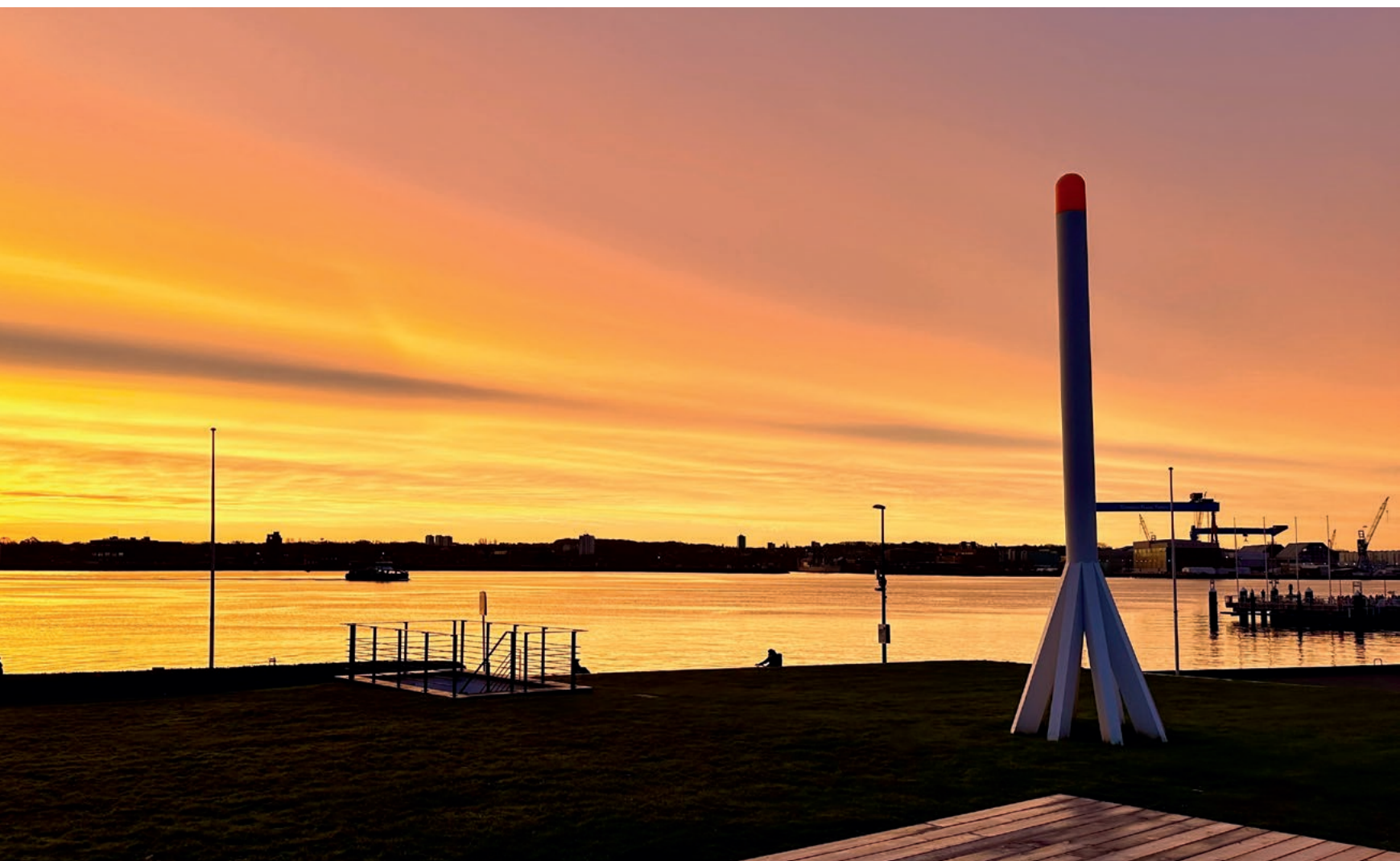
„Satellitentelefon mit Solarbatterie, Multifunktionswerkzeug und natürlich ein Handtuch.“

**Bina Braun, Grüne**

geboren am 20. November 1969  
in Hamburg,  
Unternehmensberaterin,  
Diplom-Ingenieurin,  
verheiratet



und Hetze auch gegen Kommunalpolitiker\*innen zu, das dürfen wir nicht zulassen! Ich möchte durch niedrigschwellige und wohnortnahe Beratungen, Workshops und Schulungsangebote die Menschen bei der Ausübung ihres Mandates unterstützen und dabei besonders auch diejenigen 60 Prozent der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker\*innen ansprechen, die in Wählergemeinschaften engagiert sind. Außerdem will ich den Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik erhöhen, der nach der letzten Kommunalwahl bei knapp über 28 Prozent liegt. Parität ist hier das Ziel!“



Sonnenaufgang über der Kieler Förde vor dem Plenarsaal des Landtages. Rechts: die Skulptur „Arbeitslampe“.



Das Parlament der Kinderstadt „Stormini“ hat Anfang Mai den Landtag besucht. Die 25 Jungen und Mädchen vertreten die 280 Bewohner der Kinderstadt – eines Planspiels, an dem sich auch in diesem Jahr Kinder zwischen 9 und 13 Jahren aus dem ganzen Kreis Stormarn beteiligen. Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben (re.) musste zahlreiche Fragen des parlamentarischen Nachwuchses beantworten.



Mitte Juni tagte das Landesschülerparlament der Berufsschulen im Plenarsaal. Thorsten Resch von der Berufsbildenden Schule Oldenburg ist Landesschülersprecher der beruflichen Schulen und begrüßte die Teilnehmer aus dem ganzen Land zur Diskussion über „Innovative Schulen“.

## Zu Besuch im Landtag



Amelina Hutt von der Theodor-Mommsen-Schule Bad Oldesloe hat Anfang Mai das Landesfinale des Vorlesewettbewerbs gewonnen. Die Sechstklässlerin überzeugte die Jury mit einer Passage aus ihrem Lieblingsbuch „Momo“ von Michael Ende. Im Juni vertrat Amelina Schleswig-Holstein beim Bundesfinale in Berlin. Knapp 18.000 Schulkinder aus 246 Schulen nahmen im Lande in diesem Jahr an dem traditionsreichen Wettbewerb teil.



Die Landesdatenschutzbeauftragte Marit Hansen (li.) übergab Ende April ihren aktuellen Tätigkeitsbericht an Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz verzeichnete im vergangenen Jahr 527 Verstöße – etwa bei der Videoüberwachung im öffentlichen Raum oder beim Umgang mit Patientendaten in Arztpraxen.

Die Minderheitenpolitik stand im Mittelpunkt eines Austausches zwischen dem Ältestenrat des Schleswig-Holsteinischen Landtages und einer Delegation des Südtiroler Landtages Ende Juni. Parlamentspräsidentin Kristina Herbst (3.v.l.) begrüßte ihren Amtskollegen Arnold Schuler (2.v.r.). Anschließend besuchten die Gäste aus Norditalien das deutsch-dänische Grenzland.





# Termine, Termine, Termine ...



## Der Landtag lädt zum Tag der offenen Tür im Juli 2025

Ein Termin zum Vormerken: Im Sommer nächsten Jahres, am Sonntag, den 13. Juli 2025, lädt der Landtag wieder zum Tag der offenen Tür ins Landeshaus. Einmal in jeder Wahlperiode öffnet das Parlament seine Pforten und bietet ein buntes Programm aus Gesprächen, Kultur und Unterhaltung. Zuletzt waren im Juni 2019 mehr als 20.000 Gäste dabei, unter dem Motto „Offenes Haus – Offene Demokratie“.

## Ausstellung im Landeshaus zeigt „Robotische Baukultur“

Im Rahmen der Reihe „Kulturland Schleswig-Holstein“ präsentieren der Landtag und die Investitionsbank IB.SH eine Ausstellung der Fachgruppe coDE der Technischen Hochschule Lübeck. Die Fachgruppe nutzt computerbasierte Methoden in Design und Ingenieurwesen und zeigt zukunftsweisende Werke: zwei komplett digital erarbeitete „Forschungspavillons“ sowie Entwurfspläne, 3D-Modelle und eine Auswahl an herausragenden Semesterarbeiten.

Die Ausstellung kann vom 10. Juli bis zum 15. September täglich von 10 bis 18 Uhr besucht werden. Der Eintritt ist frei, lediglich ein Personalausweis oder Reisepass ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.

## Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Sommer Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten. Geplant sind folgende Termine:

**Donnerstag, 4. Juli: Lübeck**

**Dienstag, 16. Juli: Heide**

**Donnerstag, 1. August: Lübeck**

**Dienstag, 20. August: Heide**

**Donnerstag, 5. September: Lübeck**

**Dienstag, 17. September: Heide**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de),  
Rubrik „Beauftragte“